Stellung zum Parlamentarismus. — (er leugnet neuerdings, daß es überhaupt einen gibt!) — jedes seiner Mitglieder kann in dieser Beziehung nach seiner Façon selig werden. In der Praxis unterstützt aber die DIV.-Leitung die parlamentarische Illusionspolitik eben „aus Zweckmäßigkeitsgründen", d. h. um mit taktischen Kniffen die Gefahr einer Spaltung zu bannen. Sie muß nämlich „immer darauf Rücksicht nehmen, daß sich in ihren Reihen noch viele Anhänger befinden, die eine konkrete Ablehnung bei derartigen politischen Ereignissen (d. h. parlamentarischen Komödien!) nicht verstehen würden". Um keine Mitglieder abzustoßen, hat der DIV. deshalb auch den parlamentarischen Massenbetrug des „Volksentscheid für Fürstenenteignung" mitgemacht. Interessant ist es, wie Weyer auf dem Reichskongreß diese Haltung gegenüber wiederholten Angriffen verteidigte. Er sagte laut Protokoll Seite 17:

„Wir wissen wohl, daß die Fürstenenteignung gleichbedeutend ist mit der Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse. **Der ganze Enteignungsrummel ist Quatsch.** Wir müssen uns aber beteiligen, weil wiederum viel Anhänger unserer Organisation eine strikte Ablehnung nicht verstehen würden."

Das ist die „Begründung" für eine Politik. Einfach kläglich. Mit genau denselben Argumenten gehen auch die „revolutionären" Parlamentarier der KPD. hausieren, um Dumme zu fangen. Es ist klar, daß eine solche „Taktik" die vollendete politische Hilflosigkeit zur Folge haben muß. Bei Wahlen zu den Parlamenten (wie jüngst in Sachsen) muß sich der DIV. hinter den Kulissen der politischen Bühne verstecken, er darf nicht wie die AAU. und KAP. den offenen Kampf gegen die parlamentarischen Massenbetrüger aufnehmen, da ihm dies das Genick brechen würde. **„Aus Gründen der Zweckmäßigkeit" nimmt der DIV. keine eindeutige Stellung zur parlamentarischen Illusionspolitik — und hilft dadurch tatkräftig mit, der KPD. und SPD. die Arbeitermassen ins Garn zu treiben!**

(Fortsetzung folgt.)

Wirtschaft

Steigende Arbeitslosigkeit

Im Reich.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge ist in der ersten Novemberhälfte im Reich bei den männlichen Hauptunterstützungsempfängern von 1 068 000 auf 1 077 000 gestiegen, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger aber von 240 000 auf 237 000 zurückgegangen. Die Gesamtzahl der Hauptunterstützungsempfänger am 15. November 1926 beträgt 1 314 000 gegenüber 1 308 000 am 1. November oder 6000 mehr; die Ziffer der Arbeitslosen ist demnach entschieden mehr gestiegen. Die Steigerung beträgt also 0,4 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützungsberechtigte Angehörige) ist von 1 353 000 auf 1 387 000 gestiegen.

In Berlin.

Die Verschlechterung auf dem Berliner Arbeitsmarkt hat auch in der Berichtswoche angehalten. Die Zahl der bei den Arbeitsnachweisen eingetragenen Personen hat sich um 4873 auf 237 768 Personen erhöht; die Zahl der Erwerbslosenunterstützungsempfänger dagegen nur um 2638 auf nunmehr 159 004. Das besagt, daß die Zahl der Ausgesteuerten immer noch bedeutend mehr beträgt als die zur Entlassung Kommenden. Bemerkenswert ist, daß nicht nur Gewerbe, die Saisonschwankungen unterworfen sind, vornehmlich das Bekleidungs- und Baugewerbe, Arbeitskräfte zur Entlassung bringen, sondern daß nunmehr auch die maßgebenden Industrien, wie Metall- und Holzindustrie, ein Nachlassen ihres Kräftebedarfs erkennen lassen. Es waren 237 768 Personen bei den Arbeitsnachweisen des Landesarbeitsamtes Berlin eingetragen, gegen 232 895 der Vorwoche. Darunter befanden sich 150 915 (148 359) männliche und 86 853 (84 536) weibliche Personen. Unterstützung bezogen 104 425 (102 763) männliche und 54 579 (53 603) weibliche, insgesamt 159 004 (156 366) Personen. Außerdem wurden noch 37 369 (36 522) Personen durch die Erwerbslosenhilfe der Stadtgemeinde Berlin unterstützt und 8506 (8911) Personen bei Notstandsarbeiten beschäftigt.

Englands Rüstung

Englands Aus- und Einfuhr unter den Streikwirkungen.

Die Steuerkraft und die Staatsfinanzen sowohl wie die Profite des englischen Kapitals haben einen außerordentlichen Schlag erhalten. Die vom Board of Trade veröffentlichte Uebersicht über den englischen Außenhandel bis einschließlich Oktober d. J. spiegelt den verhängnisvollen Einfluß wieder, den der Bergarbeiterstreik auf den englischen Außenhandel gehabt hat.

Der Ausfuhrwert im Oktober 1926 mit 53 Millionen Pfund Sterling ist zwar um 2¾ Mill. Pfund Sterling größer als im September 1926, aber um 14 Mill. Pfund Sterling geringer als im Oktober 1925, und zwar betrifft gegenüber dem Oktober 1925 der Ausfall an Ausfuhrwerten in erster Linie Industrieerzeugnisse mit einem Weniger wert von über 2 Mill. Pfund Sterling, Bauwollwaren von über 4 Mill. und Fahrzeuge, Lokomotiven und Schiffe von ½ Mill., Rohstoffe und Halbfabrikate mit einem Weniger wert von 4½ Mill., und Lebensmittel, Getränke und Tabak mit einem Weniger wert von ¾ Mill. In dieser Lücke auf dem Weltmarkt und in der englischen Mehreinfuhr sind die Ursachen der deutschen Konjunktur zu suchen.

Der Einfuhrwert hat im Oktober 1926 111 Millionen Pfund Sterling betragen und den Einfuhrwert für September 1926 um 9 Mill. und den für Oktober 1925 um 2 Mill. überstiegen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß England im Oktober 1926 für 7¾ Mill. Pfund Sterling Kohle hat einführen müssen, während sonst die Einfuhrzahlen für Kohle für die englische Handelsbilanz keine Rolle spielen. Dagegen sind die Einfuhrwerte für Rohmaterialien für die verarbeitende Industrie gegenüber dem Oktober 1925 gefallen, und zwar bei Baumwolle um nahezu 4½ Mill. Pfund Sterling und Gummi um nahezu 1 Mill. Umgekehrt sind die Einfuhrwerte für Fertigwaren um 3¾ Mill. gestiegen, und zwar bei Eisen- und Stahlerzeugnissen um 1 Mill. und bei Oelen und Fetten um 1½ Mill.

Der Wert der Wiederausfuhr von eingeführten Waren hat im Oktober 1926 nur 10½ Mill betragen und ist damit unter dem Wert für Oktober 1925 um 3 Mill. zurückgeblieben.

Was insbesondere Aus- und Einfuhr von Kohle betrifft, so kennzeichnen folgende Ziffern die Lage:

Im Oktober 1925 betrug der Ausfuhrwert 4 Mill. Pfund Sterling, im Oktober 1926 die kaum nennenswerte Bagatelle von 2400 Pfund Sterling. Demgegenüber hat England im Oktober 1926 für etwa 7¾ Mill. Kohle einführen müssen. Bemerkenswert ist hierbei, daß sich bei den Einfuhrmengen (3 489 083 t im Oktober 1926 und 3 940 880 t im September 1926) die größere eigene Förderung infolge des Abbröckelns des Bergarbeiterstreiks schon bemerkbar macht.

Seit dem Beginn des Bergarbeiterstreiks hat England über 14 Millionen Tons Kohle im Werte von über 28 Mill. Pfund Sterling eingeführt.

Zusammenschlußbestrebungen im englischen Kohlenbergbau.

Der englische Kohlenbergbau kennt weder die Verkaufssyndikate noch die weitergehende, die Produktion beeinflussende Kartellierung des deutschen Bergbaues, noch die Riesenkonzentration des amerikanischen. Die verhältnismäßig gute Lagerung und Abbaufähigkeit und der große Bedarf an Kohle für das hochindustrialisierte Land, sein großer Kohlenbedarf als erste Seefahrtsmacht und seine insulare Lage, die es gegen Kohleneinfuhr fremder Konkurrenten schützten, ließen die Konzentration des englischen Kohlenkapitals nicht brennend werden. Wohl war schon in den letzten Jahren fast die Hälfte aller englischen Gruben notleidend und aus eigener Kraft nicht mehr lebensfähig. Die große Staatsunterstützung an den englischen Bergbau, die das gesamte Industrieproletariat tragen mußte und mit der die englischen Gewerkschaften die Profite der Zechenmagnaten und die Löhne der Bergarbeiter hielten und wiederholt den Streik verhüteten, sind noch bekannt. Der steigende Konkurrenzkampf am Weltkohlenmarkt drängt aber trotz aller Staatsunterstützung und wiederholten Lohnabbaues die englische Konkurrenz vom Weltmarkt zurück und das englische Kohlenkapital holte zu dem großen Schlage aus, die zu dem gewaltigen, mit einzigartiger Ausdauer von den Kumpels durchgeführten Streik führten. Die internationalen Gewerkschaften haben durch ihren organisierten Streikbruch die englischen Kohlengräber in die Knie gezwungen. Und jetzt holt das englische Kohlenkapital zu dem zweiten Schlage aus, der das gesamte internationale Proletariat trifft. In London neigt man der Annahme zu, daß als Folge des Streiks 30 Prozent der Gruben geschlossen werden müssen, da sie finanziell derartig notleidend sind, daß eine Weiterführung der Betriebe unmöglich ist. Man glaubt, daß die Bereitwilligkeit der Banken sich weiterhin durch die Hergabe von Krediten für die übrigbleibenden Zechen zu engagieren nur erreicht werden kann, wenn die Grubenbesitzer daran gehen, durch Zusammenlegung und Vereinfachung der Verwaltung die Gestehungskosten herabsetzen und die Wirtschaftlichkeit der Betriebe somit sicher stellen. Ein interessantes Beispiel für die gegenwärtige Lage in der Kohlenindustrie bietet der Fall Hills Plymouth Zechen. Im August war die Verwaltung gezwungen, zu schließen, weil es nicht möglich war, 25 000 Pfund Sterling an städtischen Steuern bereitzustellen. Sie wollte alle beweglichen Teile verkaufen. Die Verhandlungen der Stadtverwaltung führten dann dazu, daß die Grubenarbeiter sich bereit erklärten, ohne Erhöhung der Löhne statt bisher knapp sieben, auf ein Jahr acht Stunden zu arbeiten und Lord Buckland erwarb zusammen mit Mr. W. M. L. E. Wellyn, der die benachbarten Cytarrhla Zeche besitzt, die Hills Plymout Zeche zum Preise von 160 000 Pfund Sterling.

Der Fall Hills Plymouth Zechen steht nicht vereinzelt da, wohl ist er der typischste. Von größerer Bedeutung ist die im Gange befindliche Konzentration des Zechenkapitals. Zunächst scheint es, als ob die Anthrazitgruben am ehesten zu einem Zusammenschluß gelangen werden. Die Amalgamated Anthracite Collieries Ltd., und die United Anthracite Collieries Ltd., die vor kurzem vereinigt wurden, vereinigen den bedeutendsten Teil der Anthracitkohleninduste. Die Durchführung des Zusammenschlusses bedeutet schon jetzt den Anthrazittrust, bis auf die Henderson Anthrazit-Gruben, die als einzige dem „Anthracite-Trust" noch nicht angehören, die hineinzunehmen aber Verhandlungen angebahnt sind und erfolgverheißend scheinen. Außerdem scheinen die Zusammenschlußbestrebungen Lord Abercornways Fortschrittte zu machen, der versucht, seinen Grubenzechenbesitz mit Yorkshire-Gruben zusammenzulegen. Dieser Zusammenschluß der wichtigsten und bedeutendsten Zechen zwingt die schwächere Konkurrenz naturnotwendig den größeren kapitalkräftigeren und günstigeren Zechen in die Arme resp. zu weiterer Vertrustung. Die Zusammenlegung der rechnerischen und die Ausschaltung unrentabler Zechen kann naturgemäß nur der Grundstock für die wirkliche Rationalisierung, d. h. der Technisierung zwecks Produktionssteigerung und Verbilligung der Produktion sein.

Die Rüstungen der Eisenindustrie.

In der englischen Eisen- und Stahlindustrie beschäftigt man sich mit der Frage, wann die Produktion nach Aufnahme der Arbeit wieder ihr normales Aussehen erhalten wird. Man glaubt nicht, daß diese Arbeitsaufnahme im Kohlenbergbau vor Ablauf von 4 bis 6 Wochen so allgemein sein wird, daß genügende Kohlenmengen zur Verfügung stehen. Somit ergibt sich die Tatsache, daß die kleineren Werke, die namentlich auf leichteren Stahl spezialisiert sind, noch vor Ende dieses Jahres die Arbeit werden aufnehmen können. Die großen Werke können jedoch vor Beginn des nächsten Jahres nicht an die Aufnahme der Produktion denken. Mindestens ein Monat wird notwendig sein, um bieten zu können, und erst dann kann die Stahlproduktion aufgenommen werden. Schwer stahlfabrikanten werden eine regelmäßige Versorgung mit Kohle und Koks abwarten, bis sie mit der Arbeit beginnen. Dazu kommt, daß man hofft, durch eine Zurückhaltung die Kohlenpreise drücken zu können.

In England arbeiten gegenwärtig 5 Hochöfen, statt 151 vor dem Streik. In der nächsten Woche werden John Henry Andrew u. Co., Ltd., Toledo-Steel-Works, Sheffield, mit einem Siemensofen zu arbeiten beginnen. Es kennzeichnet den eisernen Willen des englischen Kapitals, die den Arbeitern diktierten niedrigen Löhne und schlechteren Arbeitsbedingungen sofort für die Produktionsverbilligung einzusetzen, daß die Federation of British Industries die Mitglieder gewarnt hat, Sichtabschlüsse zu tätigen unter Berücksichtigung höherer Preise als vor dem Streik. Auf der andern Seite haben die Eisen- und Stahlfertig-Industrien ihre Kundschaft auf dem Weltmarkt und z. T. in England ebenso verloren als die Kohlenindustrie. Sie müssen ebenfalls mit herabgesetzten Preisen den Konkurrenzkampf in viel schärferer Form als vor dem Streik wieder aufnehmen.

Die Folgen für das Weltproletariat.

Die deutsche Wirtschaft ist zu einer Scheinkonjunktur aufgeblüht. Das Kapital, in erster Linie das Zechenkapital und die Schwerindustrie, aber auch die Fertigindustrie hat durch den englischen Streik immerhin nennenswerten Absatz und Riesenprofite eingeheimst. Arbeiter in nennenswertem Maße sind dagegen nicht eingestellt. Das Proletariat hat von seinem Dolchstoß in den Rücken der englischen Kohlengräber klingenden Erfolg nicht eingeheimst. Die Produktion in Deutschland, d. h. die persönliche Arbeitsleistung, ist bedeutend gesteigert worden während des Streiks. Der Weltmarkt dagegen hat sich nicht erweitert. Im Gegenteil. Durch die 1 Million Streikender und 1 Million weiterer Arbeitsloser (außer den fast 2 Millionen „normalen" Arbeitslosen) in England ist die Kaufkraft bedeutend eingeschränkt. In England werden aus Bergbau-, Hütten- und Fertigindustrie infolge Stillegung und Rationalisierung hunderttausende Arbeiter auf der Strecke bleiben. Den übrigen werden die Lebensbedingungen verkürzt und die Arbeitsbedingungen verschlechtert. Die englische Industrie stößt mit verbilligten Preisen und verschärft auf dem Weltmarkt vor. Die notwendige Folge ist der Lohnabbau und die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen für das Weltproletariat, in erster Linie für das deutsche. Die Preise auf dem Weltmarkt schreibt die amerikanische Industrie mit ihrer überlegenen Technik vor. Der Konkurrenzkampf des europäischen Kapitals gegeneinander und gegen das amerikanische Kapital spielt sich auf dem Rücken des europäischen Proletariats ab.

Die kurzsichtige opportunistische Politik der deutschen wie internationalen Gewerkschaften um den Augenblickserfolge wegen für die Tresore der Aktionäre, bedeutet eine Verschlechterung der Lebenslage für das gesamte Weltproletariat. Die Hundedemut, genannt Gewerkschaftsdisziplin, hat notwendig eine Hungerwelle und verschärfte Ausbeutung zur Folge. Die damit verbundene Steigerung der Arbeitslosenziffer ist der Damm gegen eine Abwehr resp. Wiedereinholung der Verluste. Wenn das Proletariat dies begreifen wird und aus dem englischen Streik die Lehre zieht — aber auch nur dann — daß mit gewerkschaftlichen Mitteln keine Erfolge mehr zu erzielen sind, auch nicht durch die größten Massenstreiks und die beldenhafteste Ausdauer, dann werden die Opfer nicht umsonst gebracht sein.

Aus der Bewegung

Oeffentliche Versammlung der „Entschiedene Linke"

Eine Versammlung der „Entschiedene Linke", die die ausgeschlossenen Genossen des 17. Unterbezirks Groß-Berlim der KPD. am 26. 11. einberiefen, war gut besucht. Die Versammlung nahm ein grundsätzliches Referat des Genossen Schwarz entgegen, das in allen Einzelheiten bewies, daß die KPD. zu einer sozialdemokratischen Renegatenpartei hinabgesunken ist, und für jeden ehrlichen revolutionären Arbeiter innerhalb der KPD. die Frage spruchreif ist: entweder mit den ausgeschlossenen Genossen Solidarität zu üben, oder das Proletariat zu verraten. In der Diskussion sprach ein Genosse der KAPD., der den Genossen der KPD die Entwicklung seit Heidelberg aufzeigte und nachwies, daß der Weg der Revolution der Weg der KAPD., der Weg der KPD. der des Sozialdemokraten Paul Levi sei. — Die KPD.-Häuptlinge, selbst zu feige — schickten einen ihrer strebsamen jungen Leute hin, um die Politik der KPD. zu verteidigen. Als er mit seinen albernen Phrasen auf das Gelächter der Versammlung stieß, lachte er mit und ergötzte sich so lange an seinen eigenen Witzen, bis er glaubte, seinen Auftrag erfüllt zu haben. Daß kein irres Lachen ein Zeichen von Annormalität war, ging außerdem noch daraus hervor, als er ganz naiv zugab, daß es ihm gar nicht auf eine ernsthafte Diskussion ankam, sondern darum, zu provozieren. So konnten sich die Arbeiter sehr gut ein Urteil bilden. Unser Genosse nagelte fest, daß die KPD. gar nicht drastischer versimmbildlicht werden könne, als durch solche politischen Idioten. Ein kleiner Vorgesetzter des RFB. bewegte sich in Form und Gebärde wie ein waschechter preußischer Unteroffizier und dokumentierte, wie weit die KPD. mit ihren Versammlungsmethoden bei einem Teil des RFB. Erfolge aufweisen kann. Nachdem noch einige ausgeschlossene und oppositionelle Proleten die Methoden der Zentrale geißelten, hielt der Referent in vorgerückter Stunde sein Schlußwort. Die Drohung des Clarek der KPD.-Bonzokratie, Pieck, er werde eine zweite Versammlung in Berlin auseinanderhauen, blieb unausgeführt, was eigentlich bedauerlich war. Gerade diese Versammlung wäre geeignet gewesen für ein glänzendes Fiasko auch in dieser Hinsicht.

Die ersoffenen Spartaner

Vor ihrer Reichskonferenz kündigten sie bombastisch eine öffentliche Berichterstattung an. Am 27. 11. war nun der Tag, wo die Proletarier das Evangelium der neuen mißlückten Partei mit dem Reichstagsabgeordneten Katz an der Spitze, glaubten genießen zu können. Die Pfempfert-Familie war zu der Stärke eines Bäcker-Dutzend von Berlin und Spandau gekommen. Daneben waren noch einige andere vorhanden, die aus Prinzip jede Organisation ablehnen.

Als die Erleuchtung beginnen sollte, hielten die Pfempferte es für notwendig, darauf hinzuweisen, daß die öffentliche Berichterstattung nur für die unorganisierte Oeffentlichkeit gedacht ist. Arbeiter, die der KAPD. oder AAU. angehören, möchten doch die historische Stätte verlassen. Einige Proletarier nagelten diesen Heldenmut der Spartaner fest. Pfempfert und Witkow war jedoch anzusehen, daß die Furcht entlarvt zu werden, so groß war, daß sie ihr Evangelium auf keinen Fall der proletarischen Kritik preisgeben wollten. Drei Genossen der KAPD. und AAU. ersparten daraufhin den Spartakusspielen mit ouch als Blutsauger. Sie lassen durch euch all jene Bauten ausführen, deren sie bedürfen und wenn diese fertig sind, werfen sie euch aufs Pflaster." (Wörtlich übersetzt: „Sie machen euch treiben", d. h. wie ein ausgedientes Wrack. Das man von den Ankern löst und ins Ungewisse treiben läßt.)

Der Kopf der Seite über der Aufschrift dieses Artikels zeigt als Titelbild quer über einen riesigen Staudamm, ein Wunderwerk dieser fleißigen Hände. Der Aufsatz ist ein leidenschaftlicher Appell an die Bauarbeiter, sich der Sektion der IWW. anzuschließen, sich durch sie rechtzeitig eine Kampforganisation zu schaffen.

Die dritte Seite dagegen zeigt den ausgemergelten, vollständig ausgeraubten Sklaven auf dem Auktions-Block. Die große kräftige Figur eines amerikanischen Arbeiters sitzt auf dem Block, den Nacken gebeugt, das Kinn hängt herab, die Augen stieren ins Leere, die nimmermüden Hände ruhen nun endlich im Schoß, den die geschickten Arme hängen schlapp herab. Es geht nicht mehr. Fertig mit der Welt! — Ein Menschenleben lang half er den gewaltigen Kontingent mit den herrlichsten Bauten und Wohnhäusern bedecken, und nun in die Gosse.

Dasselbe Heft bringt unter den Notizen des Schriftleiters der sich mit den Aussichten eines Erntearbeiters befaßt, folgendes:

„Die Erntearbeiter sind dieses Jahr wehrloser als je. Die Massen verzehrten den Menschen, und die Arbeitslosen aus der Stadt strömen aufs Land. Die Maschine und das Hetzsystem zwingen die Stahlarbeiter, die Textilarbeiter und Bergleute der Kohlengruben, sich der Armee der Arbeitslosen anzuschließen."

Während die Zahl der Beschäftigten dort während der letzten 30 Jahre beständig abnahm, hat Iowa von den 6 Millionen Bushel, um die die USA. in den letzten 15° Jahren ihren jährlichen Ernteertrag erhöht haben, 5 Millionen geliefert. Der Bauer wird durch den Pächter verdrängt. Der Bauer selbst zieht nach der Stadt und geht in dem Heer der „jobless", d. h. der Unbeschäftigten, unter. Die einen immer wieder zeitweise und die anderen für immer. 1910 waren 465 000 acres des Kulturlandes in den USA. Eigentum der Bauern, 1920 nur 461 Millionen, aber das Pachtland war um 4 Millionen acres gestiegen.

„Zu Lincolns Zeiten, sagte man, und auch Lincoln pflegte es zu sagen: der reguläre Weg für einen jungen Mann wäre: für Lohn zu arbeiten um sich Geld zu ersparen, um Land zu pachten, und dies schließlich zu kaufen. Jetzt ist die Lage geradezu entgegengesetzt. Die Bauern starten mit ihrem Eigentum. Dann verlieren sie ihren Besitz an die Bank, die ihn Hypotheken darauf hat. Dann machen sie das Land von der Bank. Nun werden sie von irgend einem großen kapitalistischen Unternehmen, das mehr Maschinen und weniger Menschenkraft anwendet, ganz verdrängt. Sie werden selbst Arbeiter zur selben Zeit, wo die Arbeitsgelegenheit für Tagelöhner sich ständig vermindert.

Amerika steht z. Zt. unter zwei bösen Sternen. Es wird überwiegend zum Industrieland und die Krise setzt voll ein. Schon vor Monaten schrieb die „American News", daß das Kulturland sich in den letzten zwei Jahren nicht mehr vergrößert habe und der Gesamtertrag sich auch nur sehr gering gesteigert hätte. Der „Deutsch-Amerikanische Wirtschaftsverband" stellt im Oktoberheft glatt und klar fest:

„Die USA. führen mehr Nahrungsmittel ein, als aus." In 25 Jahren ist die Ausfuhr von Nahrungsmitteln um 75 Prozent, die Einfuhr um 300 Prozent gestiegen.

Im Jahre 1925 war die Einfuhr an Nahrungsmitteln 928 000 Dollar, d. h. 22 Prozent der gesamten Einfuhr. Ausfuhr 892 gleich 16,5 Prozent der gesamten Ausfuhr

Weizen, das Hauptausfuhrprodukt, fixierte zwar 1910 bis 1914 mit 106 190 000 Dollar, 1926 mit 233 384 000 Dollar, aber die Einfuhr von Zucker hat sich um das 2½fache, das von Gemüse und Konserven um das 3fache gesteigert.

Zum Einsetzen der Krise schreibt der „Commerce Monthly" in seiner Oktoberausgabe: Das Jahr 1926 war im Wesentlichen nicht schlechter als 1925. Die Zunahme in der Beschäftigung der Industrie aber nur 2—5 Prozent. Die Furcht vor Verschlechterung bleibt bestehen, denn nur bei einer lebhaften und ununterbrochenen Nachfrage kann die Produktions- und Verteilungsmaschine in ihrem heutigen Umfange in Gang gehalten werden. Sie wird auch heute schon lange nicht voll ausgenutzt.

Die Krise setzt voll auf dem Baumarkt ein. In 37 Staaten sind die Bauten um 2 Prozent ihres Dollarwertes gefallen, aber in den Hauptindustriestaaten sind die Zahlen, New-York, New-Jersey, New-England, Pittsburgh 27, 9, 19 und 33 Prozent. Hypotheken sind nicht mehr unterzubringen, Eisen und Stahl müssen dem Baugewerbe folgen. Auch der Verkauf der Autos läßt in den Industriestaaten trotz herabgesetzter Preise nach. Der Textilbranche geht es etwas besser, aber nicht gut. Auch die Landprodukte fallen im Preise. Die Aufseisen in Californien sind um ein Drittel billiger als 1925. Das Rohmaterial fällt sich noch. "Der Geldmarkt ist gut, weil eben genügend ausländisches Kapital vorhanden, so reden die Kapitalistenblätter selbst.

Nun zurück zur Arbeiterbewegung. Der „Industrial Solidarity", das Wochenblatt der IWW., schreibt „Auf der Wahlversammlung der New-Yorker Kammer für Handel und Verkehr sagte der bekannte Finanzmann Jules S. Bache, daß die USA. einer Periode von „schweren Zeiten" entgegengehen. Er sagte: „Wir haben unseren Anteil an den guten Zeiten gehabt, welche gewöhnlich 18 Monate bis zu 2 Jahren dauern. Die USA. können nicht mehr als einen vernünftigen Teil an Prosperität vertragen. Harte Zeiten müssen kommen."

Millionen von nützlichen Arbeitern leben in diesem Lande unter „der Armutsgrenze". Sie sind durchaus Willens, ihren Anteil an diesem vielgerühmten Reichtum zu empfangen. Sie halten „hart times" seit sie geboren, und die entsetzlichen Voraussagungen des Finanzmannes werden keinen Hauch von Verständnis bei ihnen finden."

Der amerikanische Carl, einen vernünftigen Teil an Prosperität vertragen. Harte Zeiten müssen kommen. So war diese kleine Rahmennotiz überschrieben, aber für die Arbeiterschaft waren auch sie nur eine Kette von Leiden. Die Löhne sind im großen nicht erhöht worden. In den Kämpfen besonders der Bergarbeiter fiel die Führung oftmals den revolutionären IWW. zu. Sie konnten wohl neue Sektionen grün-

7. Jahrg. Nr. 96 s

Preis 15 Pf.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Dezember 1926
Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Krisensymptome u. Arbeiterbewegung in Amerika

Während die „Gewerkschaft" das Organ des ADGB. noch kürzlich schrieb: „In den USA. ist bei der herrschenden Konjunktur von einer wesentlichen Arbeitslosigkeit nicht zu reden", so ist doch nach den Forschungen eines privaten Instituts die Erwerbslosigkeit nicht unter 8 Prozent der Erwerbssammlung in Berlin auseinanderhauen, blieb unausgeführt, was eigentlich bedauerlich war. Gerade diese Versammlung wäre geeignet gewesen für ein glänzendes Fiasko auch in dieser Hinsicht.

Der K. d. W. — ein Bluff!

Gleich einem Marionettentheater läßt die KPD. den „Erwerbslosenkongreß", der die Einseifung der Erwerbslosen und ihre Gefügigmachung für den Kongreß der Kleinbürger bezweckt, abrollen. Er ist im voraus genau festgelegt, wie viele Delegierte, und wer zehn Minuten reden darf. Wann ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt wird, und wer ihn stellt. Die ganze Regie ist auf die Minute abgezirkelt, einbegriffen die Delegation zum ADGB., die Entrüstung über die Behandlung, die Delegationen an den Reichstag, die Kundgebungen, Kinoaufnahmen, Resolutionen und die „Internationale". Selbstverständlich ist die Plattform die alte. Kein einziger Gedanke, der nicht in dieser schreienden Plattheit jeden Tag die „Rote Fahne" füllt. Ein Sicherheitsventil, um die Empörung in die der KPD. genehmen Bahnen zu lenken. Ein groß angelegter Bluff!

Angefangen von der „Stabilisierung" des Kapitalismus, damit die ökonomische Basis für die nep-reformistischen Parolen von der „Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozeß" bis zur „Revolutionierung der Gewerkschaften" gegeben ist, bis zur „Arbeiter- und Bauernregierung", verläuft alles in vorschriftsmäßiger Regie. Ein Delegierter aus Hamburg versucht ... Illusion zu zerstören, die bezüglich des KdW. gezüchtet wird. Sofort springen die Mannen der KPD. auf, um die kritische Stimme dummfrech zu desavouieren. Sie sind die „berufenen" Vertreter. Diese leichte Kritik eines zweifelnden Proletariers genügt schon, um eine lächerliche Kanonade gegen die „linke" Gefahr loszulassen, um ja jeden revolutionären Gedanken im Keime zu ersticken.

Die KPD. hat alle Ursache. Denn dieweil dort der Speichel von den korrumpierten Gesichtern trieft, hebt sie in Spandau, in Brandenburg, in Kiel sozialdemokratische Bürgermeister und sonstige Würdenträger auf den Thron. Die bürgerliche Regierung in Mecklenburg erfreut sich bis heute der tatkräftigen Unterstützung der KPD. In Sachsen schwitzt die KPD. Blut und Wasser, um den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Fleißner durchzubringen. Diese Bettgenossenschaft darf natürlich durch die hungernden Erwerbslosen nicht gestört werden. Es gilt diese vielmehr in die „breite" Kampffront einzureihen, die die KPD. über die „entschiedenen Republikaner" bis zur „Christlich sozialen Reichspartei" reicht, deren Vorsitzender ein Pfaffe ist. Genosse Hochwürden muß auch zufrieden gestellt werden. In dieser Atmosphäre bleibt jede revolutionäre Kritik ein Irrlicht über dem Sumpf. Dieses Theater hat mit der proletarischen Revolution eben soviel und so wenig zu tun, wie ein kaiserlicher Hofnarr mit einem Kaiserreich.

In den stürmischen Wellen der Wirtschaftskrise und Klassenkämpfe wird dieser „K. d. W." eine Eintagsfliese sein und bleiben. Die neo-nep-reformistische Blechmusik wird schnell verflogen sein, die heimkehrenden Proleten werden beizeiten erfahren, daß sie für reaktionär-utopisch-kleinbürgerliche Mittelstandsinteressen mitbraucht wurden, und die proletarischen Interessen auf dem Altar der „Einheit" mit dem Bürgertum, das einen Kampf gegen seine Proletarisierung führt, elendiglich geopfert wurden. Die proletarische Revolution ist das Werk der Arbeiterklasse, — oder sie ist eine Phrase. Und das Gelingen dieses Werkes setzt voraus, das das Proletariat begreift, **daß sein Kampf ein Kampf um den Sturz des Kapitals und die Aufrichtung der proletarischen Diktatur zum Zwecke der Expropriation der Expropriateure ist.** An dieser Eindeutigkeit wäre dieser Kongreß aufgeflogen, das Kleinbürgertum hätte im Laufschritt diese Stätte verlassen. — Doch hier wurden die proletarischen Interessen zum Anhängsel kleinbürgerlicher Belange. Das Proletariat durfte Statist bei einer Veranstaltung wildgewordener Spießer sein.

Jetzt, wo der englische Kohlenstreik beendet ist, die deutsche Konjunktur wieder zum Stillstand kommt, weiß die Bourgeoisie eben keinen anderen Weg als auf ihre Waffen und auf ihre Helfershelfer in den Reihen der Arbeiterklasse zu vertrauen. Die deutsche Bourgeoisie rüstet fieberhaft für den Winterfeldzug gegen das Proletariat. Mit zynischer Offenheit diskutiert sie über Mittel und Wege, um in den drohenden Konflikten des Winters gewappnet zu sein. Das parlamentarische Kreiselspiel um „große" oder „stille" Koalition zeigt die kapitalistische Aktivität, um den so nötigen Burgfrieden herbeizuführen. Herr Silverberg, der sich um die Mitarbeit der SPD. so verdient gemachte Beauftragte wichtiger Industriegruppen des Westens weiß, was es für die Arbeiterklasse bedeutet, den Feind im Rücken zu haben. — Denn Herr Silverberg weiß auch, daß mit der SPD. sich auch der Noskekurs schützend vor das kapitalistische Privateigentum stellt. Der Winterfeldzug der Bourgeoisie ist gut eingeleitet . . .

Das Hungerbarometer wird in den kommenden Monaten mehr als einmal Sturm anzeigen. Es ist eine alte Weisheit, daß wir kämpfen müssen, um etwas erringen zu können. Aber die kommenden sozialen Kämpfe werden nicht mehr allein um die Steigerung des Kampfes gehen, sondern gleichzeitig für das revolutionäre Proletariat ein Kampf um die neuen Waffen sein, ein Kampf um die Proletarische Klassenorganisation. Mit unbarmherziger Deutlichkeit wird der Klassenkrieg die revolutionären Proletarier lehren, daß sie auf verlorenem Posten stehen, solange sie nicht die fundamentale Voraussetzung der Revolution begriffen haben, die den unaufhörlichen Sturm gegen die sozialdemokratischen Bollwerke der Konterrevolution und den klassenmäßigen Zusammenschluß in den Betrieben und Stempelstellen verlangt. Nur wenn der Vortrupp gerüstet steht, kann er die rebellierenden Massen emporheben zur letzten entscheidenden Schlacht. Und dann erst erfüllt sich das Wort, das in den letzten Wochen in allen Ecken und Winkeln auf den Plakaten der Scheidemannsozialisten stand: Die Masse siegt!

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sela, Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Jasdonek, Berlin O. 17, Langestraße 79.

den, aber sie befinden sich in solch schlechter finanzieller Lage, daß ihre Monatsschrift, der „Pionier", im Oktober nicht mehr erscheinen konnte. Sie haben immer noch einen schweren Kampf gegen die Zersplitterung durch die, wie sie der Moskauer „Daily Worker" nennt, anarchistischen Zersplitterer zu führen. Vor einigen Monaten hat sich die Sektion der „Marine Transportworker" — Schiffahrtsgewerbe — wieder gespalten. Scheinbar betreibt das rote Vereinigungskomitee die kluge Politik, ihre Mitglieder, d. h. die Kommunisten in dem mehr zentral organisierten Teil der IWW. zu lassen. Es ist z. B. in Parssac schon zu gemeinsamen Aktionen gekommen. Erst jetzt, wo die Krise beginnt, wo die Masse der angelernten und ungelernten Arbeiter die der gelernten bei weitem übersteigt, jetzt, wo der Strom der qualifizierten Arbeiter der Handwerker aus der alten Welt künstlich gedämmt wird, jetzt erst, wo die Zeit der Neugründungen auch für die Vereinigten Staaten Amerikas vorbei ist. Wie auch dort die Rationalisierung einsetzt, wird auch dort ein Stück Klassenkampf beginnen. Erst die kommenden Krisenjahre werden es zeigen, ob die IWW. die Kraft haben, in die Hauptindustrien, Kohlen, Eisen und Erze einzudringen. Auch sie wird erfahren, daß es nicht genügt, syndikalistische Betriebsorganisationen und Industrieverbände aufzubauen, sondern daß sie der Gewalt auch die Gewalt entgegensetzen muß. Man kann den Kapitalismus nicht stürzen mit der Theorie der verschränkten Arme, sondern nur durch den bewußten Kampf um die politische Macht.

Die Brutalität der Staatsgewalt haben ja die Wobbys (Industriearbeiter der Welt) oft genug erfahren. Ihre Mitglieder werden gelyncht, erschossen, hingerichtet oder sonst zu den schwersten Strafen verurteilt. In dem freiesten Lande der Welt, in Californien, daß so reich an Naturschätzen, aber eine Pesthöhle für die Arbeiter ist, werden nach dem Gesetz des verbrecherischen Syndikalismus alle Mitglieder des IWW. nur wegen ihrer Mitgliedschaft unter das Strafrecht gestellt. Erst vor einigen Wochen lehnte in einem Prozeß gegen die IWW.-Leute der Richter eine Studentin, die bezeugen sollte, daß das Programm der Organisation nichts kriminalistisches fordere, ab, da sie ja gar kein Mitglied sei. Als dann zehn Mitglieder des IWW. vom Verteidiger bestellt wurden, ließ der Richter diese zehn Zeugen nach ihrer Aussage eben auf Grund ihrer Mitgliedschaft ebenfalls verhaften. Die American Federation of Labour, ehemals Gompers, ist vorerst noch dabei, sich immer mehr in den kapitalistischen Staat einzubauen. — Die Arbeiterbanken führen geradenwegs nach Wallstreet. Der „Daily Worker" vom 16. August 26 meldet, daß die Brüderschaft der Eisenbahner ihre Genossenschaft Trust Co einer Gruppe von Wallstreet Finanzmännern verkaufen mußte. Es handelte sich um ein Millionenobjekt. Anscheinend ist die Bruderschaft in den Preissturz für Grundbesitz in Florida mit hineingerissen worden. Von dieser Seite brauchen die Trustmagnaten nichts zu fürchten.

Die Werbekampagne unter den Ertnearbeitern, wie die „Industrial Solidarity" vom 3. November meldet, ist ohne großen Erfolg geblieben. Das große Heer der industriellen Arbeitslosen und das enteigneter Farmer stand wehrlos der unmenschlichen Behandlung durch die großen und mittleren Landbesitzer gegenüber. Sie wurden nicht auf den Farmen geduldet und mußten schlechter als das Vieh kampieren. Selbst die Ernährung war ungenügend.

Während die Holzarbeiter in Ontario, die Fischereimannschaften in Port Artur gegen die unhaltbaren Arbeitsbedingungen unter Führung der JWW. bis zum Anfang dieses Monats in kleineren Kämpfen standen und sich 2—3000 daran beteiligten, sucht sich die Organisation durch Festigung und Errichtung neuer Sekretariate für größere kommende Kämpfe zu rüsten. Auch Amerika steht erst am Vorabend wirklicher Klassenkämpfe. Noch hat seine Arbeiterschaft die Rationalisierung nach europäischem Muster nicht voll gespürt. Aber die Zeit bricht an. Auch Westwärts müssen wir unsere Blicke richten, der große Gleichmacher, die Todeskrise des Kapitalismus, hat vor keinem Vorurteil Achtung, vor keinem wohlerworbenen Rechte. — Es läutet überall Sturm!

•

Ford schließt.

Die „Voss. Ztg." meldet aus New York: **Die Ford Motor Co., Detroit**, hat beschlossen, ihre Riesenfabriken **in Riverrouge und Highland Park** mit sofortiger Wirkung **für unbestimmte Zeit zu schließen** und nur einzelne Abteilungen weiterarbeiten zu lassen. Die Verwaltung verweigert jede Auskunft, wie lange die Fabriken geschlossen bleiben.

Politische Rundschau

Der Sachsenskandal

Der Fürstenknecht Böttcher an der Arbeit.

Der Spitzenkandidat und Fürstenlakai Paul Böttcher, der in Sachsen aufs neue „revolutionäre" Politik macht, ist mit seiner Korona schon wieder so weit, daß diese zur Begründung für die Jagd nach Ministersesseln, folgende hohnsprechende Erklärung abgeben konnten:

„Die Kommunistische Partei wird gemäß den Beschlüssen ihres Zentralkomitees und ihres Landesvorstandes und auf Grund der im Wahlaufrufe der KPD. enthaltenen Forderungen für den sozialdemokratischen Ministerpräsidentschaftskandidaten stimmen. Zur Begründung ihrer Stellungnahme erklärt die kommunistische Fraktion vor der Arbeiterklasse:

Die Kommunistische Partei führt den Kampf der Arbeiterklasse um ihre Befreiung von der kapitalistischen Ausbeutung, für Sozialisierung. Dieser Kampf kann erfolgreich geführt werden nur nach den von Marx und Lenin gegebenen Lehren zur Eroberung der politischen Macht, zum Sturze der bürgerlichen Herrschaft. Dieses Ziel ist nicht zu erreichen auf dem Boden oder mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie. Die bürgerliche Republik ist ebenso der Feind der Arbeiterklasse, wie jeder andere Staat, dessen Grundlage die kapitalistische Produktionsweise und die Herrschaft der Bourgeoisie bildet. Der Weg zur Herrschaft der Arbeiterklasse führt nur über den Sturz des bürgelichen Staates und die Errichtung der proletarischen Diktatur. In diesem Sinne kämpft die Kommunistische Partei mit allen Mitteln gegen das herrschende System. Auch die Beteiligung am Parlament ist für die Kommunisten nur Mittel zum Zweck der Förderung des Kampfes der Arbeiterklasse sowie aller Werktätigen unter der Demaskierung des Parlaments als Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft. In dieser grundsätzlichen Gegnerschaft zur bürgerlichen Demokratie und ihrer Parlamente unterscheiden sich die Kommunisten von den Sozialdemokraten, die die betrügerische Illusion in der Arbeiterklasse verbreiten, daß es möglich sei, mit dem Stimmzettel die politische Macht zu erobern. Wenn im Parlament bestimmte Forderungen der Arbeiterklasse zum Gesetz erhoben werden, dann ist das nur ein Ausdruck für das Anwachsen der Kräfte des Proletariats. Jeder parlamentarische Erfolg der Arbeiterklasse kann nur das Ergebnis ihres politischen und wirtschaftlichen Kampfes außerhalb des Parlamentes sein. Jeder Schritt, den eine sozialdemokratische Minderheitsregierung gegen die Kapitalisten und die Reaktion unternimmt (das ist keine „Illusion". R. d. „KAZ."), wird von den Kommunisten unterstützt werden. Ebenso werden jedoch die Kommunisten jede Verletzung der Arbeiterinteressen durch eine solche Regierung rücksichtslos bekämpfen.

Die Führer der sächsischen Sozialdemokratie haben im Jahre 1922 den Angriff der Reaktion gegen die Arbeiterklasse unterstützt und mitgeholfen, daß die Arbeiter niedergeschlagen wurden. Auch nach der Trennung von den Sozialfaschisten haben sie durch ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Koalitions- und Arbeitsgemeinschaftspolitik, durch ihre arbeiterfeindliche Stellungnahme zu den Fragen des Kampfes gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Rationalisierung, der Arbeitszeit und der Forderungen der Erwerbslosen bewiesen, daß sie nach wie vor gewillt sind, **jedem ernsthaften Kampf der Arbeiterklasse auszuweichen, ihn zu sabotieren und zu verraten.** Deshalb ist die Stimmabgabe der KPD. für den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten nicht gleichbedeutend mit der Verpflichtung, die sozialdemokratische Minderheitsregierung zu unterstützen. Die KPD. macht ihr Verhalten abhängig von der jeweiligen Situation und den Handlungen der Regierung. **Falls es zur Wahl des sozialdemokratischen Ministerpräsidenten kommt, wird die KPD. ihre Stellung zur sozialdemokratischen Minderheitsregierung auf Grund der Regierungserklärung eingehend vor der Arbeiterschaft feststellen.** Die Kommunistische Partei erklärt, daß auch im Falle der Bildung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung sie den Kampf gegen die arbeiterfeindliche Politik der sozialdemokratischen Führer unter den breiten Massen mit allen gebotenen Mitteln führen wird. (Wie 1923, und jetzt in Mecklenburg!) **Durch die Wahl eines sozialdemokratischen Ministerpräsidenten gibt die KPD. den sozialdemokratischen Führern nochmals Gelegenheit, den wahren Charakter ihrer Politik vor den breiten Massen zu enthüllen!**

Der „Vorwärts" schrieb dazu, daß man ein solches Gewäsch von solchen Trotteln nicht ernst nehmen könne, und erklärte, daß ihm um die Unterstützung der KPD. nicht bange sei. Man müsse die Schwierigkeiten, die die KPD. bei einer „vernünftigen" Politik überwinden müsse, eben berücksichtigen. Es gehört schon ein Kadawer dazu, um einen solchen Biertanz ernst zu nehmen. Der Ekkikurs — das ist der Böttcher-Kurs von 1923 in seiner ganzen Schönheit. Das einzig erfreuliche bei dieser ganzen Schweinerei ist, daß Böttcher und Konsorten den Arbeitern deutlich beweisen, daß das „Lernen" aus den „Fehlern" nach dem Verrat 1923 nur ein Trick geriebener Politikaster war, um ihren Verrat zu wiederholen.

Revolutionäres aus Mecklenburg

Die „Vossische Zeitung" weiß über die revolutionären Taten der von der KPD. unterstützten sozialdemokratisch-bürgerlichen Regierung in Mecklenburg zu berichten:

„Nachdem es jetzt der Linksregierung in Mecklenburg gelungen ist, einen Teil der von dem früheren deutschnationalen Finanzminister übersehenen Eingänge nachträglich noch herbeizubekommen, **ist ein weitgreifendes Programm der Steuersenkung möglich geworden.** Die für den 15. November und 15. Februar fälligen **Zahlungstermine der Landessteuern wurden auf den 3. Januar 1927 bezw. 10. März verlegt. Die Stundung ist zinslos. Weiter werden 2 Millionen zur allgemeinen Senkung der Landessteuern** verwendet und vom 1. April 1927 ab wird vom Staat auf **die Zahlung der Gewerbesteuer verzichtet.** Eine Million wurde bereits für soziale Zwecke aufgewendet, und eine weitere ist bereitgestellt. Angesichts der prekären Lage der mecklenburgischen Wirtschaft und der großen Arbeitslosigkeit hat diese Maßnahme der Linksregierung einschneidende Bedeutung."

Die KPD. wird durch ihren „Druck" die SPD. schon noch erziehen. Mit diesen Steuersenkungen und Steuerstundungen werden die Erwerbslosen endlich überzeugt sein, daß man für sie eben nichts tun kann — sie bezahlen ja keine Steuer, und das ist doch nicht die Schuld der KPD. Es ist geradezu ergötzlich, wie schön der gelehrige Pudel, die KPD. die Peitsche in der knurrenden Schnauze tragen kann, wie schön er darüber wacht, daß die „Stabilisierung" des Kapitalismus nicht gestört wird. Es ist eben ein erhabendes Gefühl für Lumpen am Proletariat, zu sehen, wie das Proletariat verkommt, während sie von den Tischen des Kapitalismus fressen als Lohn für ihre Renegatenpolitik.

Teddi in Gala

Auf der momentan tagen erweiterten Exekutive in Moskau hat sich ein Akt von weltgeschichtlicher Bedeutung abgespielt. Nachdem man die Stabilisierung des Kapitalismus festgestellt hatte, was mit dem Gesang der Internationale verherrlicht wurde, sagt der offizielle Bericht:

„Dann überreicht Genosse Orlow als Vertreter des Musterbataillons der Höheren Schießschule Genossen Thälmann, eine Rotarmistenuniform, wobei er mitteilt, daß das Bataillon Genossen Thälmann zum Ehren--Rotarmisten gewählt hat."

Wenn Moskau schon früher auf diesen Gedanken gekommen wäre, hätte es sicher — zumindest in der KPD. — keine Krise gegeben. Aber es ist auch jetzt noch nicht zu spät. Wenn Teddi jetzt zurückkommt — dann wehe euch „Agenten Chamberlains". Er wird seine Galauniform anziehen, und in Sporen und Helm, den Sabul majestätisch um den Transportarbeiterbauch gebunden — euch mit Leichtigkeit entlarven. Das Teddi auch einen Orden bekommen hat, ist doch wohl selbstverständlich, er will wohl kein großes Aufsehen machen in seiner Bescheidenheit, und hat darum gebeten, das noch nicht verlautbaren zu lassen. Teddi tut doch in seiner Transportarbeiterbescheidenheit nur seine Transportarbeiterpflicht: — die „Stänker" aus der KPD. werfen. Wir glauben aber, daß diese Bescheidenheit nicht am Platze ist. Dem Teddi sollte man eine Krone auf den Transportarbeiterkopf setzen, und ihn in vollem Schmuck auf einen Thron heben, mit einem Schild um den Hals: Lachen verboten!

Leninismus oder Marxismus

Organisationsfragen der proletarischen Revolution.

Von Rosa Luxemburg.

(Schluß.)

Sucht man die Frage der Organisationsformen nicht auf dem Wege der mechanischen Uebertragung starrer Schablonen aus Westeuropa nach Rußland zu lösen, sondern durch die Untersuchung der gegebenen konkreten Verhältnisse in Rußland selbst, so gelangt man zu einem ganz anderen Resultat. Dem Opportunismus zuschreiben, wie Lenin es tut, daß er überhaupt für irgend eine bestimmte Form der Organisation, — sagen wir für Dezentralisation, — schwärmt, heißt jedenfalls seine innere Natur verkennen. **Opportunistisch wie er ist, hat der Opportunismus auch in Organisationsfragen zum einzigen Prinzip — die Prinzipienlosigkeit.** Seine Mittel wählt er immer nach den Umständen, insofern sie seinen Zwecken entsprechen. Formulieren wir aber den Opportunismus, wie Lenin, als die Bestrebung, die selbständige revolutionäre Klassenbewegung des Proletariats lahmzulegen, um sie den Herrschergelüsten der bürgerlichen Intelligenz dienstbar zu machen, so läßt sich in den Anfangsstadien der Arbeiterbewegung dieser Zweck am ehesten nicht durch Dezentralisation, sondern gerade durch strammen Zentralismus erreichen, der die noch unklare proletarische Bewegung einer Handvoll akademischer Leiter mit dem Kopfe ausliefert. Es ist charakteristisch, daß auch in Deutschland zu Beginn der Bewegung, wo ein starker Kern aufgeklärter Proletarier und eine erprobte sozialdemokratische Taktik noch fehlten, die beiden Tendenzen in der Organisation vertreten waren, nämlich der äußerste Zentralismus durch den Lassalleschen Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein, der „Autonomismus" dagegen durch die Eisenacher. Und dabei hat diese Taktik der Eisenacher, bei all ihrer zugestandenen prinzipiellen Unklarheit bedeutend größere aktive Beteiligung des proletarischen Elementes an dem geistigen Leben der Partei, einen größeren Geist der Initiative in der Arbeiterschaft selbst großgezogen, — als Beweis mag unter anderem die rasche Entwicklung einer beträchtlichen Provinzpresse dieser Fraktion dienen — überhaupt einen viel stärkeren gesunden Zug in die Breite, als die mit ihren „Diktatoren" naturgemäß immer traurigere Erfahrungen machenden Lassaleaner.

Im allgemeinen kann unter Verhältnissen, wo die Arbeitermasse in ihrem revolutionären Teile noch locker, die Bewegung selbst schwankend, kurz, wo die Verhältnisse ähnlich den gegenwärtigen in Rußland sind, als die adäquate organisatorische Tendenz des opportunistischen Akademikers gerade der straffe, despotische Zentralismus leicht nachgewiesen werden. Genau so wie in einem späteren Stadium — im parlamentarischen Milieu und gegenüber einer starken, festgefügten Arbeiterpartei — im Gegenteil die Dezentration zur entsprechenden Tendenz des opportunistischen Akademikers wird.

Eben vom Standpunkt der Befürchtungen Lenins, vor den gefährlichen Einflüssen der Intelligenz auf die proletarische Bewegung bildet seine eigene Organisationsauffassung die größte Gefahr für die russische Sozialdemokratie.

Tatsächlich liefert nichts eine noch junge Arbeiterbewegung den Herrschaftsgelüsten der Akademiker so leicht und so sicher aus, wie die Einzwängung der Bewegung in den Panzer eines bürokratischen Zentralismus.*) der die kämpfende Arbeiterschaft zum gefügigen Werkzeug eines „Komitees" herabwürdigt. Und **nichts bewahrt umgekehrt die Arbeiterbewegung so sicher vor allen opportunistischen Mißbräuchen seitens einer ehrgeizigen Intelligenz, wie die revolutionäre Selbstbetätigung der Arbeiterschaft, wie die Potenzierung ihres politischen Verantwortlichkeitsgefühls.**

Und zwar kann das, was Lenin heute als Gespenst sieht, sehr leicht morgen zur greifbaren Wirklichkeit werden.

Vergessen wir nicht, daß die Revolution, an deren Vorabend wir in Rußland stehen, nicht eine proletarische, sondern eine bürgerliche Revolution ist, die die ganze Szenerie des sozialdemokratischen Kampfes stark verändern wird. Alsdann wird sich auch die russische Intelligenz recht bald mit stark ausgeprägtem bürgerlichen Klasseninhalt füllen. Ist heute die Sozialdemokratie die einzige Führerin der russischen Arbeitermasse, so wird am Morgen nach der Revolution das Bürgertum und in erster Reihe seine Intelligenz, die Masse zum Piedestal seiner parlamentarischen Herrschaft formen wollen. Je weniger nun in der gegenwärtigen Kampfperiode die Selbstbetätigung, die freie Initiative, der politische Sinn der aufgeweckten Schicht der Arbeiterschaft entfesselt, **je mehr sie durch ein sozialdemokratisches Zentralkomitee politisch geleithammelt und gedrillt wird, um so leichter wird das Spiel der bürgerlichen Demagogen in dem renovierten Rußland sein, um so mehr wird die Ernte der heutigen Mühen der Sozialdemokratie morgen in die Scheunen der Bourgeoisie wandern.**

Auf der anderen Seite ist es eine ganz unhistorische Illusion, zu denken, die sozialdemokratische Taktik im revolutionären Sinne könne im voraus ein für allemal sichergestellt, die Arbeiterbewegung könne vor opportunistischen Seitensprüngen ein für allemal bewahrt werden. Zwar liefert die Marxsche Lehre vernichtende Waffen gegen alle Grundtypen des opportunistischen Gedankens. Da aber die sozialdemokratische Bewegung eben eine Massenbewegung und die ihr drohenden Klippen nicht aus den menschlichen Köpfen, sondern aus den gesellschaftlichen Bedingungen entspringen, so können die **opportunistischen Verirrungen** nicht von vornherein verhütet werden, sie müssen erst, nachdem sie in der Praxis greifbare Gestalt angenommen haben, **durch die Bewegung selbst** — allerdings mit Hilfe der vom Marxismus gelieferten Waffen — **überwunden werden.** Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, erscheint der Opportunismus auch als ein Produkt der Arbeiterbewegung selbst, als ein unvermeidliches Moment ihrer geschichtlichen Entwicklung. Gerade in Rußland, wo die Sozialdemokratie noch jung, und die politischen Bedingungen der Arbeiterbewegung so abnorm sind, dürfte der Opportunismus sich einstweilen in hohem Maße aus dieser Quelle, aus dem unvermeidlichen Tasten und Experimentieren der Taktik ergeben, aus der Notwendigkeit, den Gegenwartskampf in ganz eigenartigen, beispiellosen Verhältnissen mit den sozialistischen Grundsätzen in Einklang zu bringen.

Ist dem aber so, dann erscheint um so wunderlicher die Idee, gleich in den Anfängen einer Arbeiterbewegung das Aufkommen der opportunistischen Strömungen durch diese oder andere Fassung des Organisationsstatuts verbieten zu können. Der Versuch, den Opportunismus durch solche papierne Mittel abzuwehren, kann tatsächlich nicht diesem, sondern nur der Sozialdemokratie selbst ins Fleisch schneiden und, indem er in ihr das Pulsieren eines gesunden Blutes unterbindet, schwächt er ihre Widerstandsfähigkeit im Kampfe nicht nur gegen opportunistische Strömungen, sondern auch — was doch gleichfalls von einiger Bedeutung sein dürfte — gegen die bestehende Gesellschaftsordnung. Das Mittel wendet sich gegen den Zweck.

In diesem ängstlichen Bestreben eines Teiles der russischen Sozialdemokratie, die so hoffnungsvoll und lebensfreudig aufstrebende russische Arbeiterbewegung durch die Vormundschaft eines allwissenden und allgegenwärtigen Zentralkomitees, vor Fehltritten zu bewahren, scheint uns übrigens derselbe Subjektivismus mitzureden, der schon öfters dem sozialistischen Gedanken in Rußland einen Possen gespielt hat. Drollig sind fürwahr die Kapriolen, die das verehrte menschliche Subjekt der Geschichte in dem eigenen geschichtlichen Prozeß mitunter auszuführen beliebt. **Das von dem russischen Absolutismus ekrasierte, zermalmte Ich nimmt dadurch Revanche, daß es sich selbst in seiner revolutionären Gedankenwelt auf den Thron setzt und sich für allmächtig erklärt** — als ein Verschwörerkomitee im Namen eines nicht existierenden „Volkswillens". Das „Objekt" zeigt sich aber stärker, die Knute triumphiert bald, indem sie sich als der „legitime" Ausdruck des gegebenen Stadiums des geschichtlichen Prozesses erweist. Endlich erscheint auf der Bildfläche als ein legitimeres Kind des Geschichtsprozesses — die russische Arbeiterbewegung, die den schönsten Anlauf nimmt, zum ersten Mal in der russischen Geschichte nun wirklich einmal einen Volkswillen zu schaffen. Jetzt aber stellt sich das „Ich" des russischen Revolutionärs schleunigst auf den Kopf und erklärt sich wieder einmal für einen allmächtigen Lenker der Geschichte — diesmal in der sozialdemokratischen Arbeiterregierung. Der kühne Akrobat übersieht dabei, daß das einzige Subjekt, dem jetzt diese Rolle des Lenkers zugefallen, das Massen-Ich der Arbeiterklasse ist, das sich partout darauf versteift, eigene Fehler machen und selbst historiche Dialektik lernen zu dürfen. Und chließlich sagen wir doch unter uns offen heraus: Fehltritte, die eine wirklich revolutionäre Arbeiterbewegung begeht, sind geschichtlich unermeßlich fruchtbarer und wertvoller als die Unfehlbarkeit des allerbesten „Zentralkomitees".

*) In England sind gerade die Fabier die eifrigsten Verfechter bürokratischer Zentralisation und Gegner demokratischer Organisationsformen. Namentlich die Webbs.

Der „einheitliche Kampf" im Mercedes-Palast

Kodewe: wirksame Unterstützung der Gewerkschaften!

Sturmesbrausen erdröhnt. Geht's los? So schlimm ist es denn doch noch nicht! Vorläufig dröhnt die Orgel und erschallt Gesang, und Ledebour hält eine brandige Eröffnungsrede — auf dem „Kongreß der Werktätigen". Das Parlament der Arbeit" meint es wohl doch nicht so — ernst mit der Kampfansage. Eine doppelköpfige Polizeistreife regelt den Verkehr, der durch die 1500 Teilnehmer etwas größer geworden ist. Die Regie klappt tadellos. Drei Tage wird getagt. Bis 3 Uhr nachmittags, da abends die eigenen Theateraufführungen des Film-Palastes stattfinden. Kommissionen der einzelnen „Berufsschichten" tagen, um dort eventuellen Widerstand gegen die gedruckt vorliegenden Resolutionen von vornherein zu brechen.

Schon die Wahl des Präsidiums gibt einen kleinen Vorgeschmack für den zusammengesetzten Charakter des Kodewe. Eine frisch aufkeimende Geschäftsordnungsdebatte muß etwas nachdrücklich abgewürgt werden. Schon äußerten sich allerlei Wünsche der Mieter, Landwirte und Mittelständler; und die Kulturorganisationen beanspruchen ein besonderes Referat. Auch das wird abgelehnt und obendrein festgestellt, daß der Kodewe sich nicht für die Kirchenaustritts-Bewegung einsetzen könne, da er sich nur mit „sozialen", nicht aber mit „weltanschaulichen" Fragen zu beschäftigen habe. Sonst würde jede Richtung recht haben wollen und — der Kongreß wäre vielleicht schon an dieser freigeistigen Klippe gescheitert. Das letztere hat der Vorsitzende allerdings nicht gesagt.

Die gehaltenen Referate sind selbstverständlich ganz in der Linie der KPD.-Politik, als daß sie weltbewegend oder umstürzend wirken könnten. Programmäßig ist die Diskussion auf 10 Minuten Redezeit beschränkt. Auch die zwischendurch ohne Diskussion einstimmig angenommenen Resolutionen atmen denselben opportunistischen Geist. In der Resolution „Für die Gewerkschaftseinheit — gegen die Spalter!" protestiert der Kodewe gegen angedrohte Gewerkschaftsausschlüsse. Er verwahrt sich dagegen, Gewerkschaftsersatz zu sein und versichert, lediglich eine politische Zusammenfassung mit den Mittelschichten und damit den Gewerkschaften wirksame Unterstützung zu leisten. Zu allem Ueberfluß werden die Arbeiter aufgefordert, ihnen beizutreten.

Wir werden auf diesen Kongreß noch zurückkommen. Für heute noch das eine: Der ganze Theaterdonner bestätigt nur, daß diese Zusammenwirkung nichts mit dem revolutionären Klassenkampf des Proletariats zu tun hat!

Von der „Eroberung" der Gewerkschaften

Massenausschlüsse aus dem Bergarbeiter-Verband.

Die „Rote Fahne" vom 1. Dezember weiß über die „Eroberung" der Gewerkschaften zu erzählen:

„Am 26. November tagte in Beeckerwerth ein Schiedsgericht, um über sieben Kameraden das „Urteil" zu fällen. Diese sieben aktivsten Kameraden hatten das „Verbrechen" begangen, **den Streik in Beeckerwerth,** den **Kampf gegen die Ueberschichten gegen den Willen der Verbandsleitung zu organisieren. Dafür wurden sie bereits vom Arbeitsgericht ihrer Funktion als Betriebsräte enthoben** und von der Zechenleitung **entlassen.** Das genügte aber den Husemännern nicht. Ein willfähriges Schiedsgericht beschloß, dem Vorstand **den Ausschluß von sechs Kameraden zu empfehlen,** dem letzten eine Rüge zu erteilen. Der Vorstand wird mit Freuden dieser Empfehlung nachkommen.

Dieses Urteil, das jahrzehntelang in der Arbeiterbewegung stehende Kameraden trifft, ist gefällt, um die Mitglieder zur Botmäßigkeit zu zwingen und jede Kritik im Keime zu ersticken.

Die Ausschlußwut macht aber bei kommunistischen Kameraden nicht Halt. Auch rebellierende Sozialdemokraten werden ausgeschlossen. So unlängst erst der Redakteuer der „Bergarbeiter-Zeitung", Garbe. Diese Tatsache wagte Husemann nicht einmal offiziell bekanntzugeben, sondern er beschränkte sich auf ein geheimes Rundschreiben an die Zahlstellenvorsitzenden.

Die reformistischen Führer im Bergarbeiterverband wollen jede Opposition zerschlagen. Gegen diesen Feldzug müssen sich die Bergarbeiter in ganz Deutschland mit aller Entschiedenheit wenden."

Vielleicht verrät die KPD. den Proleten, wie sie sich gegen diesen Feldzug „wenden" sollen. Etwa mit einer Solidaritätserklärung für die Ausgeschlossenen? Dann fliegen sie in großem Bogen mit hinaus! Ueberhaupt sollte die KPD. nicht so sehr gegen die Ausschluß-Seuche in den Gewerkschaften schimpfen, wo sie selbst jeden Tag eine ganze Serie hinauswerfen muß, nur weil die Proleten den Brandlerkurs der KPD. nicht mitmachen. Die Gewerkschaftsstrategie der KPD. hat wohl zu einer rettungslosen Versumpfung der KPD. geführt, aber selbst diese Versumpfung geht noch nicht weit genug. Die KPD. hat sich für die Gewerkschaften „geopfert", und ist schon selbst halb mit verfault. Sie kann nur noch den Bankerott ihrer eigenen Politik demonstrieren.

Die Zuchthausdemokratie

Nach siebenstündiger Verhandlung wurden am 3. Dezember vor dem Münchener Schöffengericht die KPD.-Genossen Dressel, Beimler, Olschewski, Mühlbauer, Jilg, Schindler, Knödler, Wolf **zu je drei Monaten Gefängnis** verurteilt. Die Verurteilung erfolgte wegen der Beschuldigung, daß die Genossen als Funktionäre der Partei einer staatsfeindlichen Verbindung angehören.

•

Zuchthausurteil gegen Plättner-Leute.

Vor dem Reichsgericht fand vorige Woche der Prozeß gegen drei Angehörige der Plättner-Gruppe statt, die beschuldigt waren, an dem Handstreich auf das Postamt Teltow teilgenommen zu haben. Der Angeklagte Görsch wurde zu sechs Jahren Zuchthaus verurteilt, die Angeklagten Eick und Franke mußten freigesprochen werden, da ihnen die Teilnahme an dem Ueberfall nicht nachgewiesen werden konnte. Da der Angeklagte Görsch bereits in früheren Prozessen zu insgesamt 36 Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, wurden sämtliche Strafen vom Reichsgericht zu 15 Jahren Zuchthaus zusammengezogen. Vor der demokratischen Justiz sind — die Arbeiter gleich welcher Richtungen eben alle gleich. Wer im Dienst der Bourgeoisie mordet, man braucht nur an Landsberg zu denken, ist ein „braver Soldat"!

Zur Frage der „roten" Verbände

(Fortsetzung.)

Es muß anerkannt werden, daß der „Deutsche Industrie-Verband" die Linie der Inkonsequenz, die er in punkto Parlamentarismus hat, auch in allen anderen wichtigen Fragen konsequent verfolgt. Wie der DIV. politisch ein Rekrutendepot für die Generäle des parlamentarischen Massenbetruges ist, so verzichtet er wirtschaftlich natürlich ebenfalls auf einen Kampf gegen den Räteschwindel der Bourgeoisie. Aus rein taktischen Erwägungen, d. h. um die demokratischen Illusionen wie SPD., KPD. und Gewerkschaften als Hebel einer Massenbewegung benutzen zu können, wird die Nichtbeteiligung an der kapitalistischen Institution der Betriebsräte grundsätzlich abgelehnt. Daß diese Stellungnahme trotz aller radikalen Terminologie nur den sozialdemokratischen Sumpf zur Plattform hat, kommt hin und wieder selbst manchem Funktionär des DIV. zum Bewußtsein. So führte auf dem letzten Reichskongreß (Ostern d. Js.) das Zentralemitglied Dahm laut Protokoll Seite 56/57 u. a. aus:

„Wenn wir ganz und gar konsequent sein wollen, dann müßten wir auch die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen ablehnen. Das würde allerdings die Arbeiterschaft vorerst noch nicht verstehen, denn wenn sie auch schon begriffen hat, daß das Recht der Betriebsräte gleich Null ist, so glaubt sie aber, daß durch ihre Tätigkeit im Betriebsrat doch noch manches für ihre Interessen zu erreichen sei. Wir werden aus diesem Grunde noch einige Konzessionen machen müssen. Es wird hier immer von der marxistischen Linie gesprochen. Ich glaube aber nicht, daß Karl Marx jemals daran gedacht hatte, eine bürgerliche Einrichtung, wie es der Parlamentarismus eine ist, für alle Ewigkeit zu erhalten und alle Hoffnungen der Arbeiterklasse damit zu verbinden. Aus den Schriften von Marx ist vielmehr klar und deutlich zu entnehmen, daß Marx das Paktieren mit der bürgerlichen Gesellschaft ablehnt, weil es auf Reformen hinausläuft, und dem Proletariat den unverfälschten Klassenkampf angeraten hat."

Hier wird also deutlich ausgesprochen, daß der Parlamentarismus auf politischem und wirtschaftlichen Gebiete nicht unverfälschter (d. h. revolutionärer) Klassenkampf, sondern Paktieren mit der bürgerlichen Gesellschaft ist. Wenn Dahm trotz seiner vollauf berechtigten Zweifel noch für Konzessionen, also für verfälschten Klassenkampf eintritt, so beweist dies, wie sehr im DIV. der Funke revolutionärer Grundsätzlichkeit von der Seuche des Opportunismus erstickt ist. — Auch die soeben, Ende November, stattgefundene dritte Beiratskonferenz des DIV. hat die Richtigkeit der von der Reichsleitung betriebenen „Zweckmäßigkeitspolitik" ausdrücklich bestätigt. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird die Beteiligung an den Betriebsrätewahlen folgendermaßen begründet:

„Hier Zurückhaltung üben, hieße den Reformisten und anderen das Feld überlassen . . ."

Das sind, bei Lichte besehen, die gleichen faulen Argumente, mit denen die Moskauer Internationale die Notwendigkeit der Rettung der Amsterdamer Konterrevolution „begründet". Wie die KPD., um „nicht den Reformisten das Feld zu überlassen", zum Steigbügelhalter der konterrevolutionären Gewerkschaftspolitik geworden ist, so betrachtet es auch der DIV. als seine Aufgabe, mit radikalem Phrasenschwall den Betrug des kapitalistischen Betriebsrätegesetzes zu unterstützen. Diese Kräftevergeudung für eine Institution, deren Wert für das Proletariat eingestandenermaßen gleich Null ist, wird schmackhaft gemacht mit der schönklingenden Versicherung, daß „der DIV. jederzeit in Wort und Schrift, besonders aber durch seine Taten dazu beitragen wird, die noch bei großen Teilen der Arbeiterschaft vorhandenen Illusionen über den Nutzen der Demokratie und ihrer Einrichtungen, besonders der Parlamente, zu zerstören." Also der DIV., der „in Wort und Schrift, besonders aber durch seine Taten", (: Unterstützung des kapitalistischen Massenbetrugs der Parlamente und Betriebsräte) „die bei der Arbeiterschaft vorhandenen Illusionen über den Nutzen der Demokratie und ihrer Einrichtungen bewußt stärkt, — derselbe DIV. will gleichzeitig die von ihm mit gezüchteten demokratischen Illusionen in den Köpfen der Proletariermassen „zerstören"! Wie die DIV.-Führer dieses Kunststück: über ihren eigenen Schatten zu springen, fertig bringen wollen, ist allerdings ihr Geheimnis.

Die politische Halbheit des DIV., die auf „Zweckmäßigkeitsgründen" aufgebaute Taktik, findet weiter ihren praktischen Niederschlag in seiner Tarifpolitik. Auch hier klafft ein gewaltiger Riß zwischen Theorie und Praxis, zwischen Erkenntnis und Tat. Sehr richtig erklärte der erste Reichskongreß des DIV. zum Punkt „Lohn- und Tariffragen" (siehe Protokoll Seite 105):

„Durch die Tätigkeit der Reformisten werden große Teile der Arbeiterschaft in der Illusion erhalten, daß sie durch demokratische Mittel und scheinradikale Forderungen nach Erhöhung des Arbeitslohnes, wie sie in dem . . . Wirtschaftsprogramm des ADGB. enthalten sind, eine Besserung ihrer Lage herbeiführen können. **Diese Auffassung ist nicht nur falsch, sondern sie stärkt direkt die Machtpositionen des kapitalistischen Unternehmertums.**"

„. . . **Durch Abschluß von Verträgen und Vereinbarungen zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum über** Arbeitsbedingungen, Zeit und Lohnfragen (sogenannte Tarifverträge) **können eine Beseitigung der Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit und eine endgültige Regelung der Existenzfragen der Arbeiterschaft nicht herbeigeführt werden.**"

„. . . Die Arbeiterklasse hat bei Strafe ihres Unterganges den **Kampf gegen das Kapital unter dem höheren Gesichtswinkel der Beseitigung des kapitalistischen Systems** zu führen."

So lautet die Theorie des DIV. Sie klingt gewiß furchtbar revolutionär. Doch in der Praxis, in der täglichen Politik des DIV., verwandelt sich diese Fanfare in folgende Schamade:

„In der Zeit des mangelnden revolutionären Willens und der reformistischen Illusionen großer Arbeitermassen **müssen jedoch auch die revolutionären Gewerkschaften ihrerseits sich bereit erklären, am Abschluß solcher Verträge und Vereinbarungen mitzuwirken,** um ihrerseits das arbeiterschädigende Verhalten der Reformisten zu stören und andererseits die Massen von den Illusionen demokratischer Methoden durch die Praxis zu befreien."

Die revolutionären Grundsätze des DIV. stehen also auch in der Frage des Tarifwesens nur auf dem Papier. Sie werden bis fünf Minuten vor zwölf oder (um ganz sicher zu gehen) bis zum Abend des proletarischen Siegestags fein säuberlich im versiegelten Glasschrank aufbewahrt, — denn trotz der Tatsache, daß „die schnellstmöglichste Herbeiführung des Endkampfes zwischen Kapital und Arbeit notwendig" ist, weil „eine endgültige Regelung der Existenzfragen der Arbeiterschaft durch Abschluß von Tarifverträgen nicht herbeigeführt werden kann." Trotzdem kann eine „revolutionäre" Gewerkschaft doch um Gottes willen . . . „den Reformisten nicht das Feld überlassen." Der DIV. ist durch das „arbeiterschädigende Verhalten der Reformisten" so in Harnisch gebracht, daß er ihnen ins Handwerk pfuschen will — durch „kurzfristige" Tarifverträge. Er übersieht dabei nur die fundamentale Kleinigkeit, daß die Laufzeit der Tarifverträge ganz den Konjunkturverhältnissen des kapitalistischen Marktes unterliegt und daß durch die kurzfristigen Vereinbarungen bei günstiger Konjunkturlage von weiten Kreisen des Proletariats als langfristige empfunden werden müssen, daß also der Unterschied zwischen der Tarifpolitik des DIV. und derjenigen der Amsterdamer Gewerkschaften verdammt problematischer Natur ist. Wie der DIV. durch Abschluß von Tarifverträgen, also durch die berüchtigte „Wirtschaftsdemokratie", „die Massen von den Illusionen demokratischer Methoden befreien" will, ist wiederum eines seiner unbekannten Patente. Ein lehrreiches Beispiel für solche „Praxis" liefert ja die KPD. Die Leninisten sind bekanntlich schon sieben Jahre am Werke, um mit dem „revolutionären" Parlamentarismus das Proletariat von seinen demokratischen Illusionen zu befreien, und der Erfolg dieser „Praxis" ist, daß die KPD. immer tiefer im parlamentarischen Sumpfe versinkt und große Arbeitermassen wieder in das Lager der Noske-Sozialdemokratie getrieben sind. So wird auch der DIV. an der Aufgabe scheitern, die reformistische Seuche auszurotten mit der Politik der Anwendung demokratischer Methoden. Er wird zudem noch nicht mal imstande sein, auf dem Gebiete des Tarifwesens das Privileg der Amsterdamer Gewerkschaftsbesitzer beseitigen zu können. Und wenn der DIV. trotz seiner Feststellung, daß die scheinradikalen Forderungen des ADGB. die Arbeiterschaft nur in Illusionen erhalten, sich zum Ziele setzt, „in der Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen an der Spitze der Arbeiterschaft zu marschieren", so kann das im Hinblick auf seine aufgestellte „Praxis" nur bedeuten: wenn die Gewerkschaftsbonzen 20 Prozent Lohnerhöhung fordern, verlangen die DIV.-Führer aus Konkurrenzgründen 40 Prozent. Der „höhere Gesichtswinkel", „daß die Arbeiterklasse bei Strafe ihres Unterganges den Kampf gegen das Kapital gegenwärtig um die Beseitigung des kapitalistischen Systems zu führen hat", verschwindet sofort im Schubkasten, wenn der DIV. „an die Spitze" tritt, : . . „um das arbeiterschädigende Verhalten der Reformisten zu stören und ihnen nicht „das Feld" — „scheinradikaler Forderungen" „zu überlassen"! Jedoch wird der DIV. mit dieser seiner „Praxis" wenig Lorbeeren ernten, da ja bekanntlich die Gerissenheit der KPD. im Aufstellen scheinradikaler Forderungen unerreichbar ist. Der DIV. ist deshalb dazu verurteilt, den sein Mauerblümchendasein bedrohenden großen reformistischen Bruder (d. h. die Einheitsfront Moskau-Amsterdam) anzukläffen wie der Mops den Mond.

(Fortsetzung folgt.)

Weiße Herren — gelbe Sklaven

Schilderungen aus Indonesien.

Dem Pressedienst der IRH. entnehmen wir folgende Erzählung aus der Feder des jungen javanischen Schriftstellers Smalli.

„Dem neunjährigen Tese ist gestern das Auge ausgeflossen."

Der magere Junge mit dem gelben Gesicht weiß nun, daß man einem Weißen nicht sagen darf: Ich gehe nicht — wenn der Weiße um einen Ball schickt, der in den Weinberg gefallen ist. Man muß dann rasch hinauslaufen, den Ball suchen und ihn dem Weißen bringen.

Aber gestern hat es Tese noch nicht gewußt. Er saß unter dem Baum und schaute zu, wie die Weißen Fußball spielten. Ein sehr interessantes, lustiges und leicht verständliches Spiel. Tese könnte auch an diesem Spiel teilnehmen, aber er ist ein Gelber und die Weißen nehmen keine gelben Sklaven in ihre Gesellschaft auf.

Ein Weißer stieß den Ball mit dem Fuß so stark, daß der Ball über den Zaun in den Weinberg des Herrn Belko hinüberflog.

„Hol ihn!" schrie der Weiße dem gelben Tese zu.

„Der Besitzer wird mich prügeln," antwortete Tese, „ich werde nicht in den fremden Weinberg gehen."

Der Weiße hob rasch einen Stock und in der nächsten Sekunde spürte der Junge einen unerträglichen scharfen Schmerz in der Nasenwurzel und dem rechten Auge. Der Schmerz war so unerträglich, das Tese auf dem Landweg hinfiel und sich später nicht mehr daran erinnerte, daß man ihn noch über den Rücken geschlagen hatte.

Gestern rann Teses rechtes Auge aus. . . . .

Ich habe mit meinem armen Freund Tese begonnen, weil er das neueste Opfer der Banditen im Lande der gelben Sklaven ist, das neueste von Tausenden anderen.

Sie glauben wahrscheinlich, daß man den Verbrecher vor ein Gericht zitieren, ihm eine Strafe geben wird, weil der Junge durch ihn zum Krüppel wurde.

Sie irren. . . Auf der Insel Java bestehen weiße Gerichte, Gefängnisse, Zuchthäuser nur für die gelben Sklaven.

Die Zuckerplantagen: Sie gehören einem Holländer Bilbo. Vor zwei Wochen hat er dreihundert Kinder und heranwachsende Jugendliche zur Arbeit gedungen. Die jugendlichen Tagelöhner arbeiten unter der sengenden Sonne vom frühen Morgen bis in die späte Nacht. Ich will versuchen, in einigen Worten etwas über die Arbeit auf den Plantagen zu erzählen:

Die Rücken der Sklaven sind schwarz wie Kohle. Ganze zwölf Stunden gießt die sengende Sonne ihr Feuer auf sie. Für das Mittagessen und eine Atempause bekommen sie nicht mehr als eine halbe Stunde Zeit. Unter einem alten, gewaltigen Baume, in einem kühlen Zelte, sitzen die Aufseher. Der Reihe nach greifen sie nach Ferngläsern, beobachten die Arbeit.

Die Sklaven dürfen ihre Rücken nicht gerade biegen. Sie haben sich Bilbo für volle 12 Stunden verdungen und wenn sie es einmal getan haben, so wissen sie: die Holländer haben ein Gesetz: „Die Gelben, die den Vertrag nicht einhalten, verlieren den ganzen Verdienst." Und sie wissen noch eines — die Aufseher haben lange Peitschen: die Peitschen legen sich zu gleicher Zeit auf 12 gelbe Rücken. Auf dem Rücken hinterlassen sie tiefe blutige Streifen und mit dem Blute kann man nicht in der Sonne arbeiten. In den javanischen Plantagen lebt die „Leri", eine bläuliche Fliege, die sich wie mit Zangen ins Blut beißt. Die „Leri" liebt das Sklavenblut ebenso wie Bilbo und die anderen Holländer den Sklavenschweiß lieben.

Für vierundzwanzig Tage haben sich dreihundert jugendliche Tagelöhner bei Bilbo verdungen. Und dafür bekommen sie — ja, was ist da viel zu sagen! Sie bekommen soviel, wie ein kleiner Sklave für 24 Tage und noch eine Woche zum Leben braucht. . .

Ich sagte: „sie bekommen". Sie haben aber nichts bekommen. Und das war so:

Am 11. Tage kamen die Aufseher und brachten eine neue Truppe von Taglöhnern.

„So." sagte der ältiste Aufseher, „laßt jetzt die Arbeit und geht ins Bureau. . ."

Im Bureau saßen drei Gendarmen, einer von ihnen hielt irgendein Papier in der Hand.

„Sind alle da?" fragte Bilbo.

„Alle!" antwortete man ihm.

Die Gendarmen gingen auf die Straße und derjenige, der das Papier in der Hand hatte, schrie:

„Habt acht!"

Und nun fing er an, die Namen der Taglöhner vorzulesen. Er nannte 12 oder 15 Namen und fragte:

„Seid Ihr Mitglieder des Sarekat Rajat (einer nationalrevolutionären Organisation auf Java. D. Red.), Ihr Hunde!"

„Nein," antwortete man ihm.

Der Gendarm wurde kupferrot, er hob seine Faust über den Kopf und schrie wütend:

„Fort mich Euch, ihr Gesindel, sonst schieße ich!" . . .

Und die gelben Sklaven gingen fort.

Man wird mich vielleicht fragen: „Nun, uns haben sie etwas für die 10 Tage schwerer Arbeit bekommen?" Selbstverständlich nicht. . . .

Wirtschaft

Ein deutscher Warenhaustrust?

Tietz kauft Jandorf — Karstadt kauft 38 Warenhäuser. Verbindung Tietz—Karstadt—Emden—Jandorf.

Die Warenhausfirma Hermann Tietz hat unter Mitwirkung der Diskontogesellschaft die 5 Berliner Warenhäuser der Firma A. Jandorf u. Co. und das Kaufhaus des Westens in der Tauentzienstraße zur Uebernahme per 1. Januar 1927 käuflich erworben. Ueber den Kaufpreis weiß die Oeffentlichkeit nichts. Man schätzt den Uebernahmepreis zwischen 20 und 50 Millionen Mark. Ein Preis von nicht ganz 40 Millionen Mark dürfte unserer Meinung der Wirklichkeit nahe kommen. Den Gerüchten, daß amerikanisches Kapital hinter Tietz stecke, wird von der Firma widersprochen. Wir werden weiter unten jedoch sehen, daß dies trotzdem zutrifft.

Die Konzentration des Handelskapitals ist die zwangsläufige Auswirkung der Weltwirtschaftskrise. Das kapitalistische Produktionssystem ist auf seine geschichtlichen Schranken gestoßen. Die Welt ist aufgeteilt, neue Absatzgebiete werden nur sehr spärlich erschlossen. In den kolonialen Gebieten und den kapitalistisch noch wenig erschlossenen Staaten eilt die Industrialisierung als Konkurrenz des kapitalistischen Abendlandes der Erschließung neuer Kaufkraft voraus, aus Abnehmern werden Konkurrenten. In dem heißen Kampf um die Weltwarenmärkte und um die einheimische Kaufkraft kämpft der Kapitalismus mit der Technik und seiner gesamten Wissenschaft den verzweifelten Kampf um Sein oder Nichtsein. Die geschichtlichen Produktionsschranken zwingen dem Produktionskapital die Rationalisierung auf. Konzentration der technisch hochstehenden Werke und Ausschaltung der unrentablen, Technisierung des Produktionsprozesses und Verbesserung der menschlichen Arbeitstechnik, Ersparung von Verwaltungs- und Produktionskräften und Vereinfachung des Zirkulationsprozesses sind die Mittel, mit denen das Produktionskapital die Produktion steigert und die Kosten des Produktionsprozesses drückt zu Gunsten des Profites. Da alle diese Maßnahmen aber keine Erweiterung des Weltmarktes bringen, im Gegenteil, infolge Lohndrückung, Leistungssteigerung und Brachsetzung menschlicher Arbeitskraft die Kaufkraft zusammenschrumpft, steht der gesteigerten Produktionsmöglichkeit ein eingeschränkter Markt gegenüber.

Das vertrustete Produktionskapital suchte seinen Profit zu halten durch Einschränkung der Produktion und Preissteigerung, beides Mittel, die über den eingeengten Konsum wieder auf die Produktion zurückprallen und dessen Absatz und somit auch den Profit einschränken, wenn die Kette der Preissteigerung und Produktionseinschränkung weiter läuft. Das Handelskapital war in den letzten Jahren — trotzdem auch hier die Konzentration Fortschritte machte — sichtlich ins Hintertreffen geraten und dem Produktionskapital untertan. Bei der fortschreitenden Vertrustung des Produktionskapitals und der geringer werdenden Konkurrenzmöglichkeit mußte sich dieses (das Produktionskapital) notgezwungen um den Absatz kümmern, wollte es ihn nicht zum eigenen Schaden einengen. Das Finanzkapital ist hier der Mittler. Mit dem Auto fing es an, bei dem Regenschirm auf Teilzahlung ist es heute angelangt.

Nicht so einfach wie in der Produktion, liegen die Verhältnisse im Handel. Trotzdem auch hier schon Hundert-tausende über den Kopf gingen, trotzdem auch hier der Konkurrenzkampf zugespitzt ist bis zum Aeußersten, ist das Handelsgewerbe noch sehr stark übersetzt. Die Arbeitslosigkeit hat des weiteren unzählige Straßenhändler geschaffen und der Warenhandel in der Werkstätten und Büros blüht. Dieser „illegale" Handel wirft immer noch etwas ab, weil ja das Handelsgewerbe, gegenüber der Vorkriegszeit, infolge seiner starken Uebersetzung mit viel höheren Zwischengewinnen arbeitet. Der Kleinhandel, trotzdem er mit viel höheren Gewinnen arbeitet, ist deshalb keineswegs auf Rosen gebettet. Die größeren Gewinne verleiten zum „Schleuder"verkauf und halten unzählige kleinbürgerliche Existenzen über Wasser. Demgegenüber sucht das Großhandelskapital mit Serienverkäufen und einer Riesenreklame die Kaufkraft aufzusaugen.

Der größte Coup amerikanisierter Verkaufstechnik war vor kurzem die Einführung des Ratengeschäfts durch die Warenhausfirma Hermann Tietz unter Einsetzung bedeutender Kapitalien („Konsumfinanzierung") von dritter Seite. Die enorme Verteuerung (Kapitalverzinsung, große Mengen von den Käufern noch nicht voll bezahlte Waren, Risiko, vergrößerter Verwaltungsapparat u. a.) zwang Tietz selbstverständlich seinen Absatz zu vergrößern, den Verkauf zu rationalisieren, vor allen Dingen in die „breite Masse" einzudringen. Als Anfang wurde kürzlich das alte und große Berliner Warenhaus Stein in der Chausseestraße übernommen, nachdem vor kurzem erst der Einkaufskonzern M. Conitzer und Söhne geschluckt und mit der Leonhard Tietz Akt.-Ges. Köln eine Interessengemeinschaft geschlossen wurde — und nun die Jandorfschen Häuser. Die 7 Warenhäuser sind vermöge ihres proletarischen Kundenstammes der gegebene Resonanzboden für das Serien- und Ratengeschäft auf breiter Grundlage. Den Jandorfschen Häusern merkte man dagegen in der letzten Zeit eine gewisse Altersschwäche an. Organisation und Impuls waren der rationalisierten Konkurrenz nicht mehr ganz gewachsen.

Für Tietz wie für Jandorf war wohl die Tatsache mitbestimmend, daß Karstadt, der bisher größte deutsche Warenhauskonzern, der schon an mehreren Berliner Warenhäusern beteiligt ist, in Neukölln am Hermannplatz ein Warenhaus von riesigen amerikanischen Dimensionen errichtet. Mit der Tietz-Jandorf-Fusion stehen sich 2 Warenhausgiganten so ziemlich ebenbürtig gegenüber. Karstadt hat vor ungefähr einem Monat insgesamt 38 deutsche Warenhäuser erworben, darunter die recht bedeutenden Münchener Oberpollinger-Häuser, an denen Jandorf und sein Finanzier, der Hamburger Bank- und Warenhauskonzern Emden Söhne beteiligt waren. Des weiteren hat die Aktiengesellschaft Karstadt am 1. Dezember d. J. gemeinsam mit der Aktiengesellschaft Emden der Stadt Prag neuerlich ein Angebot unterbreitet, für den Preis von etwa 8,2 Millionen Goldmark einen größeren, der Stadt Prag gehörigen Gebäudekomplex zu übernehmen und dort, wie kürzlich in Budapest, ein größeres Warenhaus zu errichten.

Durch diese letztere Transaktion ist die Verbindung hergestellt zwischen Emden und Karstadt. Das Amsterdamer Kaufhaus in Amsterdam, das ebenfalls, wie bei Oberpollinger und KdW., und mehr und minder der ganze Jandorfsche Besitz gemeinsam Emden und Jandorf gehörte, geht ebenfalls nicht in den Tietzschen Besitz über. Ob Karstadt daran beteiligt wird, ist nicht bekannt. Sicher ist, daß der Emdensche Besitztitel daran erhalten bleibt. Gar nichts weiß man hier wie beim KdW. resp. bei der gesamten Tietz-Jandorf-Fusion über die Frage der Beteiligung dritter. Ein Teil der Jandorfschen Häuser ist oder war nicht reiner Privatbesitz Jandorfs, wohl aber weiß man, daß das KdW. als Gesellschaft geführt wurde, an der Jandorf nur als Hausbesitzer und Anteilbesitzer des eigentlichen Geschäftes beteiligt war. Man kannte und kennt aber nicht die Teilhaber oder Geldleute des Herrn Kommerzienrats Jandorf und aus den bisherigen Meldungen geht nicht hervor, ob auch sie abgefunden werden, oder ob damit, daß die Jandorfbetriebe übernommen werden, auch neue Teilhaber in die Firma Hermann Tietz eintreten, welche Kapitalien sie repräsentieren, woher das Kapital stammt und wohin die Erträge fließen. Was man indessen über die Teilhaber des KdW. häufiger hörte — insbesondere, daß dieses Haus vielfach Kommissionär eines bekannten ausländischen Konzerns ist — läßt kaum annehmen, daß Tietz die restlichen Anteile dieses Hauses auch erhält und daß dessen Eigenart sich ändert. Sicher ist soviel, daß Tietz bei weitem nicht die zu dieser Transaktion nötigen Kapitalien besitzt.

Die von Tietz gegenwärtig neu eingespannten Kapitalien (für Jandorf, Stein, die Abzahlungseinrichtung für reichlich ein Dutzend große Warenhäuser) lassen jedenfalls die Vermutung offen, daß amerikanisches Kapital in recht beträchtlichem Ausmaße hinter Tietz steht. Die Tatsache, daß Tietz neuerdings stark mit amerikanischen Warenhaus- und Einkäuferkonzernen in Fühlung steht, kann wohl als Bestätigung dafür gelten. Sicher aber ist, daß hinter der Diskontogesellschaft, die ja bei Tietz beteiligt ist, amerikanisches Kapital steckt.

Aus dieser buchmäßig noch nicht voll abgewickelten Transaktion und aus dem gemeinsamen Anteilbesitz am KdW. ergeben sich wieder Fäden zwischen Hermann Tietz und Karstadt. Und da Jandorf nicht voll abgefunden ist und zwischen Karstadt und Emden Interesse an gemeinsamem Besitz bestehen, so ist die Verbindung Tietz-Karstadt-Jandorf-Emden hergestellt. Aehnliche Fäden bestehen auch, unter anderem, über gemeinsame Interessengemeinschaften mit amerikanischen Einkaufshäusern, zwischen Leonhard Tietz, Köln, und Karstadt, so daß vielleicht durch die neue Erweiterung von Tietz die Vorbereitungen zur Bildung eines deutschen Warenhaustrustes abgeschlossen sind, der nach seiner formellen Gründung das größte Gebilde dieser Art in der Welt darstellen und sogar amerikanische Vorbilder übertreffen würde.

Durch die neuesten Transaktionen sind die Fäden geknüpft vor allen Dingen zwischen den beiden jetzt größten deutschen Warenhauskonzernen Tietz und Karstadt und über Karstadt und Emden mit einer Reihe weiterer Warenhäuser und Spezialgeschäften. Es dürften damit reichlich 100 der bedeutendsten deutschen Verkaufsgeschäfte mit eigenem Besitz und gewichtigen Stützpunkten im Auslande durch gemeinsame Interessen verbunden sein. Eine Konzentration bis zur Vertrustung wird in kürzerer oder fernerer Zeit die notwendige Folge sein, da sich die Konzerne schon infolge ihrer Kapitalverästelung einen Kampf gegeneinander nicht leisten können.

Wie die Konzentration des Handelskapitals eine zwangsläufige Auswirkung der Produktionskonzentration ist, so muß sie infolge ihrer neuzewonnenen Kraft naturnotwendig wieder wechselseitig wirken auf die Zusammenballung des Produktionskapitals. Für das Handelskapital kann die neueste Verknüpfung der Handelsriesen nur die Einleitung einer neuen Konzentrationsbewegung sein. Die Klassenscheidung zwischen Handelsriesen und Krämern nimmt immer deutlichere Konturen an. Der Konkurrenzkampf wird tausende Handelsproletarier überflüssig machen und tausende kapitalschwächere Mittelstandsexistenzen ins Proletariat schleudern und hier den Konkurrenzkampf um den Arbeitsplatz zuspitzen. Der Kapitalismus tanzt seinen Totentanz auf dem Rücken des Proletariats, bis dieses sich seiner Gigantenkraft bewußt wird, sich seiner Parasiten entledigt, die Produktion für den eigenen Bedarf in die eigene Hand nimmt und den Handel beseitigt.

Die revolutionäre Presse

ist die unersetzliche Waffe in den Händen des revolutionären Arbeiters.

Kein Preis darf zu hoch sein

um sie zu stützen und auszubauen. Ihr Kampf ist euer Kampf, ihre Not eure Not.

Unterstützt die „KAZ."

durch Sammlungen für den Pressefonds, durch Werbung neuer Leser und ihr kämpft mit ihr

für die Revolution!

Aus der Bewegung

Die Ausschlußsuche in der KPD.

und die Dummfrechheit korrumpierter Bonzen.

Der „Klassenkampf" vom 2. 12. 26 quält sich folgende Exkremente ab:

Die BL. Halle-Merseburg hat auf der am 27. November stattgefundenen Sitzung die Genossen Richard Heckert, August Meerheim, Karl Friedrich, Karl Harnisch wegen Vertretung konterrevolutionärer Auffassungen über die Sowjetmacht und über die proletarische Diktatur in der Sowjetunion ausgeschlossen. Für den Ausschlußantrag stimmten 16 Mitglieder der BL., dagegen zwei, bei einer Stimmenthaltung. Gesamtabstimmung der erweiterten BL. 30 Stimmen gegen drei, bei drei Stimmenthaltungen.

Die obengenannten Anhänger des aus der Partei ausgeschlossenen Schwarz haben in einer Reihe von Erklärungen ihre gegenrevolutionären Auffassungen über die Sowjetmacht, die KP. der Sowjetunion und die proletarische Diktatur schriftlichlich niedergelegt. Der Geist der von ihnen vorgelegten und von außen fabrizierten Resolutionen wird z. B. aus folgender Stelle klar:

„Sie erklären sich solidarisch mit den politisch und wirtschaftlich immer mehr entrechteten Proletariermassen in Rußland und fordern diese auf, in Stadt und Land gemäß den 21 Bedingungen Lenins und der Beschlüsse des 2. Weltkongresses den Sturz der Macht des Großbauerntums und der Nep-Bourgeoisie herbeizuführen und aufzurichten die wirkliche Diktatur des Proletariats. Alle Macht den Räten!"

Mit dieser und ähnlichen Resolutionen **fordern die Weißeleiser** Anhänger der aus der Partei ausgeschlossenen Korsch, Schwarz usw. **zur „zweiten Revolution" auf, bezeichnen die Sowjetregierung als eine „Kulaki-Regierung"** und stellen sich **in eine Reihe mit der KAPD. und mit sonstigen Feinden der Sowjetmacht. Gleichzeitig stellen sie sich damit außerhalb der revolutionären Avantgarde des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Internationale und ihrer Sektion, der KPD.**

Die Bezirksleitung hat wiederholt versucht, die obengenannten ehemaligen Genossen für die Linie der Partei zu gewinnen. Nachdem dies sich als unmöglich erwies, ergab sich die Notwendigkeit, den Trennungsstrich zu vollziehen. Die Parteimitgliedschaft im Bezirk Halle-Merseburg, deren erdrückende Mehrheit, mehr als 95 Prozent der Mitgliederzahl, fest auf dem Boden der Partei steht, kann die parteizerstörende Tätigkeit einzelner Gräppchen nicht dulden. Die Opposition wird vollständige Diskussionsfreiheit und die Möglichkeit gewährt, ihre Auffassungen im Rahmen der Partei zu vertreten. **Für Vertretung ausgesprochen konterrevolutionärer Ansichten unter proletarischem Deckmantel ist aber in der KPD. kein Platz. Dafür ist die KAP. da. Die Partei marschiert geschlossen und einheitlich vorwärts.** Sie kann die Zeit und Kraft der Mitgliedschaft, die für den Klassenkampf restlos eingesetzt werden muß, nicht für endlose Diskussionen mit einigen der Partei entfremdeten Elementen in Anspruch nehmen.

•

Es lohnt wirklich nicht, über Begriffe mit der KPD. zu streiten. Revolutionär ist — nach den Angestellten Stalins, — wenn die Bourgeois mit ihren Huren zusammen mit den Oberbonzen der KPD. und KPR. in der russischen Botschaft die russische Oktoberrevolution verhöhnen. Oder als Schleppenträger der sozialdemokratisch-bürgerlichen Koalition in Mecklenburg fungieren, Sozialdemokratische Bürgermeister auf die Sessel heben, und den Kapitalismus in Rußland in einen Kommunismus umlügen. — Wie gesagt, darüber wollen wir uns mit der KPD. nicht streiten, die KPD. wird lediglich dafür ausgehalten, um im Interesse der russischen Kulaken das Proletariat zu beschwindeln, **dafür ist sie da!** Wenn sie diese ihre schmutzige Rolle für revolutionär hält: es läßt sich über Geschmack ebenfalls nicht streiten. Die KAPD. ist auch nicht dazu da, korrumpierte Bonzen zu überzeugen. Sie weiß, daß diese nicht zu überzeugen, sondern nur zu kaufen sind. — Die KAPD. wendet sich an die Arbeiter in der KPD., die auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes stehen, wie dies das obige Zitat umschreibt. **Dafür ist die KAPD. da!** Der Streit geht also nur darum, daß die Vorderreiter der „Avantgarde" sich in ihrem Sumpf so wohl fühlen, wie die Made im Aas, oder wie Noske in seinem Sozialismus. Daraus machen wir den Oberleninisten keinen Vorwurf. — Einen Vorwurf kann man höchstens den Arbeitern machen, die aus einem völlig falsch verstandenen Solidaritäts- und Disziplin-Begriff heraus es zulassen, daß korrumpiertes Pack revolutionäre Arbeiter beschimpfen kann.

Proletarisches Notizbuch

Ein revolutionäres Frühstück. Zeitungsmeldungen zufolge gab Reichsaußenminister Stresemann ein Frühstück zu Ehren des hier anwesenden russischen Außenministers Tschitscherin; auch der Reichskanzler war zugegen.

Im Lohnkampf der Straßenbahner von Frankfurt a. M. Frau v. Dirke heißt, für ihre Strafe eine Strafaufsetzung von Schiedsspruch, der eine Lohnzulage von 2—3 Pf. vorsah, abgelehnt. Es ist mit einem Streik zu rechnen.

Opfer des Mordsystems in der Chemie. Infolge mangelhafter Schutzvorkehrungen sind in der chemischen Fabrik in Merzig vier Arbeiter durch ausströmendes Gas betäubt worden. Ein Arbeiter ist bereits gestorben.

Strafaussetzung für die frühere Gräfin Bothmer. Die Potsdamer Gerichte haben der früheren Gräfin Bothmer, die jetzt Frau v. Dirke heißt, für ihre Strafe eine Strafaussetzung von drei Jahren zugebilligt. — Die Klassenjustiz weiß, was sie ihrem Stande schuldig ist.

Aufstand auch auf Sumatra. WTB. In der Residenzstadt Tapatoean im Atjeh-Gebiet (West-Sumatra) kam es zu Zusammenstößen zwischen aufständischen Eingeborenen und Militärpatrouillen. Hierbei wurde der Eingeborenenführer Nagor mit einigen Anhängern getötet. Einige andere Aufständische wurden gefangengenommen.

(TU.) **Zwei englische Flugzeuge stießen** im dichten Nebel zusammen. Die Flugzeuge stürzten aus einer Höhe von 200 m ab. Die vier Flieger fanden den sofortigen Tod. —

Mitteilungen

Wirtschaftsbezirkskonferenz Rheinland-Westfalen.

Am Sonntag, den 12. Dezember 1926, vorm. 9 Uhr, findet in Düsseldorf eine Bezirkskonferenz der KAPD. statt. Sämtliche Ortsgruppen müssen Delegierte schicken. Lokal ist im Rundschreiben bekanntgegeben.

Tagesordnung: 1. Wirtschaftliche und politische Lage und unsere Aufgaben. — 2. Die Krise der KPD. — 3. Erwerbslosenfrage. — 4. Organisatorisches. — a) Geschäftsbericht und Kassenbericht der Bezirksleitung. — b) Berichte der Ortsgruppen. — c) Verbindung. — d) Presse. — e) Agitation. — 5. Verschiedenes.

Groß-Hamburg.

Ab 1. Januar 1927 kommen für die AAU. neue Mitgliedsbücher zur Ausgabe. Die alten Beitragsmarken werden außer Kraft gesetzt. Alle Genossen müssen in der zweiten Dezemberhälfte das alte Mitgliedsbuch an die Vertrauensleute zurückgeben.

Denkt an die Sammelliste für die Weihnachtspakete der politischen Gefangenen.

Groß-Berlin

Für den **Pressefonds** gingen ein: 3. Bezirk 3,— Mk., H. Welser-Rüdesheim 0,50 Mk., Ferd. Müller-Bonn 0,50 Mk., Ortsgruppe Nd.-Auerbach 1,80 Mk., O. Franke-Wriezen 1,— Mk., Ortsgruppe Forst v. E. Kloß 1,50 Mk., R. Wendrich-Lauban 0,70 Mk.

Nachruf.

Der Gen. Paul Haase ist am Donnerstag, den 2. Dez. 1926 im Krankenhaus Buckow im Alter von 48 Jahren an den Folgen des Krieges (Herzleiden) gestorben. Er stand stets auf dem linken Flügel der revolutionären Arbeiterbewegung und war Mitbegründer des alten Spartakusbundes.

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 8. Dez. 1926 2 Uhr im Krematorium Baumschulenweg statt. Die Genossen treffen sich dort 1,30 Uhr.

Um rege Beteiligung ersucht der 14. Bezirk Neukölln.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: Karl Sch., Neukölln. Gedruckt in der Buchdruckerei Willy Isadorf, Berlin O. 17, Langestraße 79.

Bestell-Zettel

Ich bestelle hiermit die

„Kommunistische Arbeiter-Zeitung"

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

per Post — frei Haus

Name:

Ort:

Straße: Nr.

Der Bestellzettel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

7. Jahrg. Nr. 97

Preis 15 Pf

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die „Buchhandlung für Arbeiterliteratur" Berlin SO. 36, Lausitzer Platz 13.

Dezember 1926

Alle Zahlungen auf Postscheckkonto: Berlin NW. 7, Nr. 828 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur Berlin SO. 36, Lausitzer Pl. 13.

Bezugspreis: Bei Bezug unter Streifband durch die Post monatlich 1,30 Mk., zahlbar bis 10. jeden Monats im voraus. Erscheint wöchentlich zweimal.

Die deutsch-russische Konterrevolution

Ein beispielloser Verrat!

Was dem revolutionären Proletariat nie ein Geheimnis war, wird jetzt wahrscheinlich wochenlang den Stoff für einfältige Spießer abgeben. Der „Manchester Guardian" bringt — offensichtlich aus deutschen Quellen, und wahrscheinlich durch die Junkers-Werke gelieferten — Material, aus dem hervorgeht, welchen realen Sinn die bis zum Erbrechen propagierte Parole: „Bündnis mit Rußland" hat. Der wesentliche Tatbestand ist:

„daß von den Junkers-Werken **in Rußland eine Flugzeugfabrik** erbaut worden ist, um Militärflugzeuge **sowohl für deutschen wie für russischen Gebrauch** herzustellen. Maßnahmen wurden auch von deutschen und russischen Militärsachverständigen ergriffen, **um chemische Fabriken in Rußland zur Herstellung von Giftgasen** für beide Länder zu errichten. Diese Arbeiten begannen mindestens vor fünf Jahren, aber sie sind seitdem stets in Gang gewesen.

Um die notwendigen Arbeiten durchzuführen, sind Reichswehroffiziere auch und aus Rußland mit falschen Pässen gereist, die von den russischen Behörden mit dem nötigen Visum versehen wurden.

General v. Seeckt stand mit den Russen in den denkbar besten Beziehungen, besonders mit hervorragenden Offizieren der Sowjetarmee. Es ist anzunehmen, daß ihm die oben genannten Tatsachen nicht unbekannt waren. Wie weit der Reichswehrminister Dr. Geßler von ihnen wußte, ist noch unbekannt. Die Haltung Rußlands gegenüber General v. Seeckt erfährt eine interessante Beleuchtung durch **einen Bericht des russischen Botschafters in Berlin an seine Regierung**, als eine deutsche Abordnung von Ostpreußen Moskau besuchte. Die Mitglieder dieser Abordnung wurden einzeln beschrieben. (Es handelt sich um die bekannte Ostpreußendelegation nach Rußland, die von den deutschnationalen Abgeordneten Hoetzsch und v. Preyer geführt wurde. Red.) Diejenigen, die zu der Deutschnationalen Partei gehörten, wurden in freundlichster Weise empfohlen. Die Angehörigen der Deutschen Volkspartei wurden weniger freundlich geschildert, da sie der Linken näher stünden. (!!) In diesem Bericht wurde auch angeregt, daß Moskau den ostpreußischen Besuchern mitteilen möge, **daß der Rücktritt des Generals v. Seeckt sehr zu bedauern sei.** Es wurde auch angeregt, daß durch diese Besucher von Ostpreußen aus die Opposition gegen den deutschen Außenminister in Gang gebracht werden könne. Eine recht beunruhigende Tatsache ist es auch, daß im November dieses Jahres **mehrere Schiffe aus Rußland in Stettin anlangten.** Es waren, soviel ich weiß, im ganzen sechs, obschon einige kleinere Segelschiffe dabei waren. **Eins ging auf der Reise unter. Ihre Ladungen bestanden aus Waffen und Munition, offenbar für die Reichswehr bestimmt."**

Wir betonen noch einmal: In diesem Bericht ist nichts absonderliches enthalten, außer für die Proletarier, die die Politik Rußlands nicht erkennen wollen, und alles für „rot" hinnehmen, was ihnen von Moskau als rot serviert wurde und noch wird. Auch daß diese Tatsachen im jetzigen Augenblick bekannt gegeben werden, hat seine realen Gründe. Es ist der Kampf zwischen „Ost-" und „Westorientierung". Das englische Kapital verlangt eine klare Entscheidung und eine Desavouierung der früheren Widerstandsversuche des deutschen Kapitals. Es versucht einen Schlag gegen die „Ostorientierung", und gegen Tschitscherin, der gegenwärtig in Berlin weilt, und die Fäden weiter zu spinnen sucht. Ueberflüssig ist eigentlich, zu betonen, daß die SPD. selbstverständlich von diesen Dingen unterrichtet war, sie war selbst in der Regierung vertreten, Ebert war die Spitze dieser Republik. Sie drückt, wie immer, beide Augen zu, um im gegebenen Moment geheuchelte Entrüstung zu spielen. Es steht einer Partei, die bis zum Halse im Proletarierblut watete, um die Revolution in diesem Blut zu ersticken, gut an, sich über betrogene Proletarier zu entrüsten! Sie hat mit ihrem Noske und Wels gewiß viel danach gefragt, ob die Kugeln, mit denen sie ihr Blutregiment durchführte, deutsche oder russische Stempel trugen.

Für das Proletariat gilt jedoch es aufzuzeigen, daß die dummfreche Entrüstung der KPD. nur für Proletarier bestimmt ist, die in ihrer religiösen Fanatik die selbstverständlichsten Dinge nicht sehen. Tschitscherin hütet sich wohl, ein kategorisches Dementi abzugeben. Ebenso hütet sich die deutsche Regierung. Die „Rote Fahne", die bei jeder Gelegenheit das WTB. als kapitalistische Lügenzentrale hinstellt, reklamiert dasselbe nun in dieser Angelegenheit als Kronzeugen. Dabei lautet das „Dementi" des WTB.: „Da ähnliche Behauptungen schon wiederholt entgegengetreten worden ist, dürfte es sich erübrigen, auf ihre erneute Veröffentlichung einzugehen, die offensichtlich nur den Zweck haben kann, man sich in Genf einigen möge und dann ist für sie ein „Schwindel" erledigt. Eine nette Beweisführung.

Dabei hat die russische Regierung nie einen Zweifel an ihre konterrevolutionäre Politik gelassen. Was man hier abzustreiten sucht, betreibt Moskau jeden Tag. Erst vor kurzem — und Tschitscherin hob dies in seiner Rede vor den deutschen Pressevertretern rühmend hervor, wurde die russisch-türkische Freundschaft unter einem wüsten nationalistischen Taumel aufgewärmt. In der Türkei herrscht gegenüber den Kommunisten ein unbeschreiblicher Terror. Mit Italien erzählt derselbe Tschitscherin, bestehen die besten Beziehungen, ebenso mit Deutschland. Daß das deutsche Kapital auf Grund seiner Lage von dem deutsch-russischen Bündnis keinen weitgehenderen Gebrauch machen kann, liegt wahrhaftig nicht an der russischen Regierung, sondern an den realen Machtverhältnissen.

•

Es bleibt noch übrig, nachzuweisen, daß die oben geschilderten Tatsachen gar nicht im Widerspruch zu dem Programm der III. Internationale stehen. Unbegreiflich ist, wie Pieck auf dem „Kongreß der Merkwürdigen" sich ob einer solchen Ungeheuerlichkeit entrüsten konnte. Er scheint selbst nicht zu wissen, daß die III. Internationale den weißen Terror gegen das Proletariat längst zum Beschluß erhoben hat! Er rennt gegen die Theorie, die das kapitalistisch-nationalistische Rußland für seine kapitalistische Außenpolitik fabrizierte, und die Pieck und seine Getreuen öfter wie einmal mit der Internationale besungen haben, Sturm, und es kommt ihm anscheinend gar nicht zum Bewußtsein, daß er sich eigentlich „außerhalb der Partei stellt" und sich „antileninistischer Abweichungen" schuldig macht. Desgleichen wollen wir den Arbeitern der KPD. aufs neue beweisen, daß Moskau seinen eigenen Grundsätzen auch im vorliegenden Falle absolut treu geblieben ist.

Bucharin sagte in der 14. Sitzung des 4. Weltkongresses:

„Dürfen die proletarischen Staaten, von den Zweckmäßigkeiten der Strategie des Gesamtproletariats ausgehend, militärische Blocke mit den bürgerlichen Staaten bilden? **Es gibt hier keinen prinzipiellen Unterschied zwischen einer Anleihe und einem militärischen Bündnis. Und ich behaupte, daß wir schon so gewachsen sind, daß wir ein militärisches Bündnis mit einer anderen Bourgeoisie schließen können, um mittels dieses bürgerlichen Staates ein anderes Bürgertum niederzuschmettern.**

Bei dieser Form der Landesverteidigung des militärischen Bündnisses mit bürgerlichen Staaten, **ist es die Pflicht der Genossen eines solchen Landes, diesem Block zum Siege zu verhelfen."**

(Protokoll des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Verlag der Kommunistischen Internationale 1923, Auslieferungsstelle: Verlag Carl Hoym Nachf., Hamburg 8, S. 420.)

Die KPD. hat auch daraufhin treu ihre Hausknechtsrolle, die ihr zukam, erfüllt. Sie schrieb zu der Zeit, als sich obige Dinge abspielten:

„Die Regierung weiß, daß die Kommunistische Partei Deutschlands aus Rücksicht auf die Gefahr seitens des französischen Imperialismus **über vieles geschwiegen hat,** was diese Regierung (als verantwortlich für ihre Organe) unmöglich machen würde für jede internationale Verhandlung."

(„Rote Fahne" vom 27. Mai 1923.)

Und als die deutsche Kuno-Regierung ungeachtet der deutsch-russischen Freundschaft die rebellierenden Proletarier massenweise in die Zuchthäuser sperren ließ und das Proletariat sich anschickte, den Kampf aufzunehmen, ließ die KPD. in demselben Aufruf verkünden:

„Entweder läßt die Regierung die Mordhetze gegen die Kommunistische Partei, oder wir werden das Schweigen brechen."

Die „Mordhetze" der Regierung war nach den Vereinbarungen Rußlands mit der deutschen Regierung berechtigt. Die KPD. hatte die Aufgabe übernommen, **„diesem Block zum Siege zu verhelfen".** Die Regierung brauchte also laut Vereinbarung die für die dummen Proleten bestimmten scheinradikalen Phrasen nicht dulden. Dieser Notschrei der korrumpierten Zentrale entschlüpfte dieser auch erst, als die Proletarier auf die Provokationen der herrschenden Klasse und ihrer Söldlinge reagierten. Die KPD. aber erfüllte ihre traurige Rolle durch die Isolierung des Hamburger Aufstandes vermittels der sächsischen „Arbeiterregierung" mit Heckert und Böttcher an der Spitze. Die Entrüstung der Pieck, Böttcher, Heckert und Konsorten ist also nur die Entrüstung korrumpierter Schurken, die um ihre endgültige Entlarvung zittern.

Die jüngste offizielle Bestätigung des grandiosen Verrats am deutschen Proletariat gibt außerdem noch Bucharin auf der 15. Parteikonferenz der bolschewistischen Partei. Er sagte dort laut Inprekorr **Nr. 130 vom 1. November 1926:**

„Als Deutschland geschlagen und unterjocht wurde, als es in die Lage eines halbkolonialen Landes versetzt wurde, und als es in dieser Eigenschaft dem siegreichen Entente-Imperialismus einen gewissen Widerstand leistete, da haben auch selbst die obersten Organe der Sowjetmacht in ihren Manifesten, Deklarationen, usw. ihre offene Sympathie zum Ausdruck gebracht. **Damals war die Fragestellung in der Kommunistischen Partei derart, daß die Möglichkeit der Verteidigung des deutschen Vaterlandes gegen den siegreichen Entente-Imperialismus nicht ausgeschlossen war."** Die Theorie der III. Internationale mit ihrer Untersützung von „unterdrückten und halbunterdrückten" Staaten ist die Basis dafür, daß Rußland je nach seinen außenpolitischen Interessen einen Staat als entweder „imperialistisch" hinstellen kann, den man „bekämpfen" muß, oder aber, wenn die Interessen Rußlands mit ihm konform laufen, als „unterdrückt", in dem man den „revolutionären" Bundesgenossen sieht. In dem Falle, wo das Bündnis mit dem deutschen Kapital perfekt war, war auch die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie ungetrübt. In dem Moment jedoch, wo die Interessen des deutschen Kapitals mit denen des russischen auseinandergehen, prallen auch die Gegensätze zwischen der deutschen und Moskauer Sozialdemokratie aufeinander. Der ganze Unterschied zwischen der Sozialdemokratie und der KPD. besteht lediglich darin, daß die SPD. die Interessen des deutschen, die KPD. die Interessen des russischen Kapitals vertritt. Das Proletariat jedoch ist beiden nur Objekt für ihre kapitalistische Politik.

Während die Krise des Kapitals das Proletariat immer weiter in den sozialen Abgrund wirft, und die kapitalistischen Klassen sich nur noch auf die Helfershelfer innerhalb des Proletariats stützen können.

Während die Arbeiter der KPD. sich an Amsterdam verschachern und gegen die einzig revolutionäre Partei hetzen lassen: Die KAPD.

Wie lange noch?